Für die besonderen russischen Verhältnisse ist daraus die Lehre zu ziehen, daß ein Aufstand am besten entstehen und gedeihen kann, wenn er gleichzeitig von einem Massenstreik begleitet und unterstützt wird, und andererseits bedarf ein Massenstreik, um gedeihen und sich fortentwickeln zu können, das gleichzeitige Bestehen und Gedeihen des Aufstandes.

Die Revolution wird schließlich auch diesen gordischen Knoten durchhauen, aber im Verlauf der künftigen Entwicklung der Revolution werden die Lehren der Dezemberriederlage ihren Eindruck auf das Volk nicht verfehlen.

VII.

Nach der Niederlage.

Nach der Niederlage des Dezemberaufstandes folgte das Jahr 1906, das schreckliche Jahr der Strafexpeditionen, der Kriegs- und Feldgerichte, der endlosen Hinrichtungen, der zügellosesten Willkür. In diese schwere, trübe Atmosphäre der Gewalt und Willkür drängte ein Lichtstrahl hinein: eine Volksvertretung stieg der Bureaucratie gegenüber auf und schien das Volk rings um sich zusammenzuschließen, um einen entschiedenen Ansturm auf die Macht der alten Gesellschaft zu unternehmen.

Aber diese Volksvertretung verschwand, ehe sie Zeit genug gehabt hatte, die Bevölkerung zusammenzuschweißen: Die Duma wurde auseinandergejagt, nachdem sie nur 72 Tage existiert hatte, und in Rußland setzte wiederum eine Grabesstille ein, die von Zeit zu Zeit nur durch die Salven der Massenhinrichtungen und durch vereinzelte Aktionen der Terroristen gestört wurde. Mitten in dieser Grabesstille vollzog sich eine ununterbrochene, wenn auch wenig bemerkbare Bewegung unter dem Proletariat, die Gewerkschaften wuchsen an, die durch die Revolution des Jahres 1905 errungenen Freiheiten ausnützend, die Massen des Proletariats schlossen sich in diesen Organisationen zusammen, soweit es die Willkür der Polizei nur zuläßt, und die klassenbewußten Elemente des Proletariats finden hier einen Boden, wo sie ihre Kräfte und Energie ausbilden können. Wird einmal der heutige Stillstand der Revolution in einen Revolutionsaufschwung umschlagen, so wird die stetige Arbeit dieses Zusammenschlusses des Proletariats zu gewerkschaftlichen Organisationen von großer Bedeutung für den künftigen Verlauf und die Entwicklung der Revolution sein; aber vorläufig hat der Geschichtschreiber der russischen Revolution nichts darüber

zu sagen. Im Jahre 1906 spielte das Proletariat keine aktiv revolutionäre Rolle. Der zweifellose Niedergang der Revolution im Jahre 1906 erscheint als die naturnotwendige Folge der Position, die das Klassenbewußte Proletariat in den Freiheitstagen einnahm und von der es sich bis heute noch nicht völlig losgesagt hat.

Die Avantgarde des Proletariats, die sozialdemokratische Partei, konnte schwerlich die volle Bedeutung der Dezemberniederlage einschätzen, weil sie bis jetzt gewohnt war, nicht von der realen Analyse der Wirklichkeit ausgehend ihre Schlüsse zu ziehen, sondern auf Grund revolutionärer Voraussetzungen und Illusionen. Sie hatte bis jetzt nicht vermocht, selbst nur diejenige Klasse, auf die ihr Einfluß am stärksten war — das Proletariat — zu beherrschen, geschweige denn die Revolution. Wenngleich der Revolutionsprozeß der proletarischen Massen sich stets unter dem geistigen Einfluß der Sozialdemokratie befand, so entwickelte und vollzog er sich dennoch spontan, unabhängig von dem Willen und den Zielen der Sozialdemokratie. Das Leben bescherte ihr immer neue Wunderdinge, deshalb wurde sie an Wunder gewöhnt. Die Parteitätigkeit beeinflusste das Proletariat, aber ganz unproportional dieser Tätigkeit wuchsen im Laufe der Zeit Ereignisse empor, die fortwährend großartiger sich entfalteten — die Maifeier in Chartow, der Massenstreik in Koston, der allgemeine Julistreib in Südrussland. Und gerade im kritischen Moment, als die oberen Schichten der Gesellschaft sich zu bewegen begannen, blieb das Proletariat unbeweglich, die sozialdemokratische Partei in Staunen versetzend; aber bald darauf brach wie eine auflodernde Flamme der 22. Januar 1905 an — eine Erscheinung, die einerseits die Sozialdemokratie von dem fortgeschrittenen Petersburger Proletariat, das mit unzuverlässigen Elementen wohl stark durchsetzt war, nicht erwartete, die aber andererseits, ihrem Massencharakter und der Begeisterung nach die hoffnungsvollsten grandio-
sesten Aussichten eröffnete.

Die Bewegung wuchs fortdauernd an; die Sozialdemokratie gewann größeren Einfluß durch aktives Einwirken; da entbrennt ganz unerwartet der Oktoberstreik, woran sich Elemente beteiligten, die sonst wenig gemeinsames mit der Sozialdemokratie hatten; er ergibt ein völlig unerwartetes Resultat: den Sieg des 30. Oktober. Es schien, als wenn die Sozialdemokratie nunmehr die geistige Führerin des Proletariats geworden wäre.

War es nun von der Sozialdemokratie zu erwarten, daß sie, die an allerlei Überraschungen gewöhnt war, die erzogen war durch die Wunder spontaner Revolutionsausbrüche, daß sie die Fähigkeit noch bewahren konnte, kaltblütig und nüchtern ihre Kräfte zu erwägen und das Proletariat wohlberechnet zum Ziele zu führen? Als Kind des spontanen Revolutionsprozesses, der sie an die Spitze stellte und zur leitenden Tätigkeit führte, handelte sie dementsprechend. Vom Machtbewußtsein ergriffen, war sie unfähig, die Grenzen ihrer Macht zu ermessen. Sie stellte es dem wirklichen Leben anheim, mit seiner schicksalsharten, schonungslosen Hand diese Grenzen zu bestimmen. Und das Leben begann diese Grenzen zu bestimmen, aber zugleich bescherte es neue Überraschungen, die die einmal festgelegten Machtgrenzen wieder vermishten.

Petersburg, jenes industrielle, proletarische Petersburg, das so begeistert seinen Arbeiterdeputiertenrat unterstützte, verriet ihn gerade zu der Zeit, als die Schergen des Bazarismus seine Tätigkeit aufhoben. Diese Belehrung nützte nichts. Und gleichzeitig ereigneten sich die einmütig durchgeführten Streiks in Moskau und anderen Städten, der Barrikadenbau unter Beteiligung eines großen Teils der Bevölkerung Moskaus, der Kampf der Aufständischen mit dem Militär. Hinzu kamen die Nachrichten aus allen Ecken und Enden Russlands, aus Koston, aus dem Dongebiet, aus Sibirien. Das Leben hielt die Sozialdemokratie mit einer erstaunlichen Hartnäckigkeit im Reiche der Wunder und der Überraschungen fest. Des-

halb war sie auch nicht imstande, die Erfahrungen der Dezemberbewegung auszunützen, über die Dezemberrniederlage ganz im klaren zu sein. Meistenteils wollte sie die Niederlage als eine solche gar nicht anerkennen.

So zum Beispiel behauptet Genosse Roschkow in einem zu Beginn des Jahres 1906 geschriebenen Aufsatz, es sei nur „formell“ eine Niederlage, dafür aber eine solche, die „die Kräfte der Revolution verdoppelt“.*

Nach Verlauf eines Jahres der unverschämtesten Politik des alten Regimes, die ein Hohn auf alle Forderungen des Volkes war, müssen wir leider konstatieren, daß die Dezemberrniederlage die Kräfte der Revolution nicht verdoppelt, sondern ihnen den stärksten Schlag versetzt hat. Die Dezemberrniederlage schloß die Revolutionsperiode ab, die Aufgaben der Revolution blieben ungelöst. Niemand weiß zu sagen, wann der Prozeß der Volksbewegung von neuem, ob er in nächster Zukunft überhaupt beginnt. Und wenn wir einen Blick zurückwerfen, so können wir nicht übersehen, daß auch kein Grund vorliegt, von den breiten Massen des Proletariats permanente revolutionäre Widerstandsfähigkeit gegen die Lücken der Bürokratie zu erwarten. Sind es doch dieselben Massen, die erst seit gestern sich in eine mehr oder minder bewußte revolutionäre Kraft zu verwandeln begannen. Die Januarbewegung des Jahres 1905 fand sie auf einer sehr niederen Stufe der politischen Reife. Sie konnten deshalb am Ende des Jahres 1905 nicht besonders hoch stehen. Kein Wunder, daß die Niederlage des Dezemberaufstandes und die brutalen Repressalien seitens der Regierung so niederdrückend auf diese Massen wirkten.

Die Gewöhnung an Wunder, die die Sozialdemokratie das Resultat der Dezemberrniederlage einzusehen verhinderte, verhinderte sie auch, die anderen Seiten der Niederlage richtig einzuschätzen.

* Der gegenwärtige Moment, 1906, S. 6.

Der Oktobersieg stellte, wie wir sahen, das Proletariat vor die Frage: was als die nächste Etappe der Revolution zu dienen habe — eine auf revolutionärem Wege einzuberufende Konstituante, oder eine vom alten Regime einzuberufende Reichsduma? Das klassenbewußte Proletariat antwortete: „Eine auf revolutionärem Wege einzuberufende Konstituante“, und begann eine Taktik zu entfalten, deren notwendiges, unvermeidliches Ergebnis die Dezemberrniederlage war. Die Dezemberrniederlage erwies die Unhaltbarkeit der vom klassenbewußten Proletariat eingenommenen Position. Im Dezember war ein gemeinsamer Ansturm der ganzen Bevölkerung auf das alte Regime nicht möglich; es gelang selbst nicht, das fortgeschrittenste, städtische Proletariat zu diesem Zwecke mobil zu machen. Die Sympathien, die die Bevölkerung Moskaus den auf den Barrikaden kämpfenden Ausständischen entgegenbrachte, sind vielmehr den unsinnigen Handlungen des Generals Dubassow zu verdanken, als einer bestimmten revolutionären Stimmung. Die Masse der Bevölkerung in den anderen Städten verhielt sich zu der proletarischen Bewegung indifferent, ein bedeutender Teil davon sogar feindselig; die Bauernschaft blieb in ihrer Masse der Bewegung fremd; die Armee dagegen bildete zum größten Teil den Grundpfeiler der alten Macht. Die Revolution erwies sich machtlos, die Gewalt den Händen der Regierung zu entreißen.

Der Dezemberaufstand bewies, daß nur ein kleiner Teil der Bevölkerung mit der alten Regierung nicht paktieren, auf keine Kompromisse eingehen wollte. Dem klassenbewußten Proletariat blieb nichts anderes übrig, als dieselbe Position gegenüber der gesamten Bevölkerung einzunehmen, wie sie die Sozialdemokratie vor dem 22. Januar dem gesamten Petersburger Proletariat gegenüber einnahm.

Die Petersburger Sozialdemokratie betrat im Januar 1905 denselben Boden, auf dem das Proletariat damals stand, und von da ausgehend, strebte sie, das Proletariat möglichst

vormwärts zu treiben, es zu einem Zusammenstoß mit der Regierung zu bringen. In derselben Weise hätte die Sozialdemokratie im ganzen Reiche vorgehen und das von ihr geleitete Proletariat, von den Zugeständnissen der Regierung ausgehend, auf den Boden der einberufenen Reichsduma sich stellen sollen, um die Massen der Bevölkerung auf dem Wege demokratischer Forderungen voranzutreiben und auf diese Weise den entscheidenden Konflikt zwischen ihr und der Regierung vorzubereiten. In diesem Moment gab es keinen anderen Boden für die Fortentwicklung der Revolution; aber nichtsdestoweniger war die Sozialdemokratie ganz anderer Meinung darüber.

Höchst bezeichnend für die Stellung der Sozialdemokratie zu der sie umgebenden Wirklichkeit war in diesem Moment ihre Annahme, die einzuberufende Reichsduma würde aus lauter Anhängern der „Schwarzen Hundert“ bestehen. Die Meinung, daß eine Mehrheit der „Schwarzen Hundert“ in der Duma unvermeidlich sei, war einer der Hauptgründe zu ihrer Boykottierung. Genosse Koschfow fragt an der oben zitierten Stelle, wo er eine Niederlage als nur dem Scheine nach konstatiert, ironisch: „Nicht wahr, eine vollständige Niederlage? In der Tat, wollen wir nicht deswegen vielleicht in die Duma der ‚Schwarzen Hundert‘ gehen? Sollen wir vielleicht darin in der Rolle eines friedlichen, legalen Don Quixotte Opposition spielen, die immer hoffnungslos bleibt und die nur Mitleid bei den Freunden und Verachtung bei den Feinden erregt?“*

Worauf beruhte diese Vorstellung eines reaktionären Charakters der zukünftigen Duma? Man pflegte sie schlecht hin durch das herrschende System der Willkür und Brutalität zu begründen, das in den Zeiten Witte-Durnowos sich einbürgerte, durch jenen Druck und gewaltsame Beeinflussung der Wähler und Wahlen, die man schon damals mit Ge-

* Ibid. S. 3.

wißheit voraussehen und von diesen beiden Genkern Rußlands erwarten konnte. Diejenigen, die mit solcher Gewißheit von dem reaktionären Charakter der bevorstehenden Duma sprachen, schätzten die Bevölkerung politisch so niedrig ein, daß sie glaubten, die Regierung würde imstande sein, durch Gewalt und Druck alles von ihr zu erzwingen, was sie brauche. Aber trotz dieser Annahme scheute man sich dennoch nicht, gleichzeitig von eben derselben fügsamen und willensschwachen Bevölkerungsmasse zu erwarten, daß sie sich vielleicht morgen schon zu einem entschiedenen Ansturm auf das alte Regime heranziehen ließe. Zu den vielen Über-
raschungen des Lebens gehört auch, daß schließlich völlig undenkbare und unvereinbare Dinge sich in den Köpfen der leitenden Genossen vereinigten. Heute sei die Regierung imstande, nicht nur physisch die breiten Massen zu drücken, sondern sie auch derart zu beeinflussen, daß sie in geheimer Abstimmung auf ihre Forderungen verzichten und reaktionär wählen, ihren Scharfrichtern ein Vertrauensvotum ausdrückend; — morgen dagegen soll dieselbe Masse zum Ansturm gegen die Regierung sich erheben. Eine dritte Möglichkeit, daß nämlich diese Bevölkerungsmassen in den Wahlstrudel hineingezogen naturnotwendigerweise durch ihre Stimmzettel ihre schreiende Not, ihr schreckliches Leid zum Ausdruck bringen müßten, daß die einen bewußt, die anderen unbewußt dahin streben würden, die Duma in ein Werkzeug zur Verwirklichung ihrer Hoffnungen und ihres Verlangens umzuwandeln — diese dritte Möglichkeit, die offenbar wahrscheinlichste, fiel den Vertretern unserer Partei gar nicht ein, sie schien ihnen geradezu als die unwahrscheinlichste zu gelten.

Gingerissen von der Bestrebung, die Bevölkerungsmassen möglichst bald zu einem bewaffneten Aufstand heranzuziehen, schufen sie sich einen neuen, vermeintlichen Feind auf diesem Wege — die „konstitutionelle Illusion“. Die Massen der Bauernschaft hatten keine Ahnung von einer Konstitution,

hatten nur eine blasse, nebelhafte Vorstellung von der Duma, sie klammerten sich rein instinktiv an sie, indem sie in ihr einen Ausweg aus ihrer schrecklichen, verzweifelten Lage sahen, — und da kommen unsere tiefsinnigen Genossen und sprechen in vollem Ernst von der Notwendigkeit, die konstitutionellen Illusionen zu zerstreuen, die angeblich bei den Bauern vorhanden seien, und rufen zu diesem Zwecke zur Boykottierung der Duma auf.

Diese Schlußfolgerung wäre auch in dem Falle unsinnig, wenn diese „konstitutionellen Illusionen“ bei dem Bauerntum wirklich vorhanden gewesen wären. Das beste Mittel, diese Illusionen zu zerstreuen, wäre in diesem Falle gerade die Tätigkeit der Duma gewesen, der Zusammenstoß mit dem alten Regime auf dem Boden der Duma. Das Bauerntum bedurfte zuerst einer Duma, um aus den spontanen Ausbrüchen seines Kampfes um Grund und Boden und aus seinem halb unbewußten Drang nach Freiheit zu einem organisierten, politischen Kampf um Land und Freiheit überzugehen, — um von der Notwendigkeit solchen Kampfes sich zu überzeugen. Die Duma war das beste Mittel, um das Bauerntum und die rückständigen Schichten des Proletariats zum bewußten, politischen Leben heranzuziehen, und folglich das beste Mittel zur weiteren Fortentwicklung der Revolution.

Zu dieser Schlußfolgerung führten die Ereignisse selbst; sie lehrte die Dezemberniederlage; aber die Sozialdemokratie konnte sich von jenen revolutionären Illusionen, die sie sich in den Freiheitstagen gebildet hatte, nicht lossagen. Wenn sie damals glaubte, daß es leicht möglich sei, trotz der äußerst niedrigen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte, trotz des vorwiegend agrarischen Charakters Rußlands, demzufolge die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dem rückständigen, unentwickelten Bauerntum angehörte, — daß es trotzdem leicht möglich sei, in der nächsten Zukunft nicht nur zu einer demokratischen Republik, sondern zur sozialistischen Gesellschaftsordnung überzugehen: wie konnte sie dann so

ohne weiteres die verlockende Hoffnung aufgeben, durch einen sofortigen Ansturm die Herrschaft der Bürokratie und der Monarchie gänzlich zu stürzen? Allerdings genigte selbst die Dezemberniederlage nicht, um die Position zu erschüttern, auf welche die Sozialdemokratie in den „Freiheitstagen“ sich stellte. Die Dezemberniederlage wurde, wie wir sahen, einfach als eine „formale“ gedeutet; die Dezemberbewegung, die eine Menge von Überraschungen bot, erregte Erwartungen neuer Surprisen und galt als eine Präludie zu neuen, grandiosen Ereignissen. „Die Duma liegt nicht auf dem weiten und breiten Wege der Revolution,“ erklärten damals die geschworenen Gegner der „konstitutionellen Illusionen“. Die Irrtümer haben ihre eigene Logik. Die falsche Illusion, die im Dezember ein unbarmherziges Fiasko erlitt, wurde dessenungeachtet von der Sozialdemokratie weiter aufrechterhalten und führte sie zu der Taktik des Boykotts. Die sogenannte „Minderheits“-Fraktion (Menshevik) in der Partei, die vor dem 30. Oktober viel realistischer sich zur Wirklichkeit verhielt und den Boykott selbst in bezug auf die alte Buliginische Duma verwarf, verließ während der Freiheitstage ihren „Minderheits“-Standpunkt, und in ihrem revolutionären Schwunge übertrug sie sogar beträchtlich die „Mehrheits“-Fraktion (Bolschewiki).

Während die „Mehrheit“ von einer Diktatur des Proletariats und des Bauerntums schwärmte, stellte das Organ der Minderheit, „Natschalo“, indem es sich auf das „Element der Zufälligkeit im Klassenkampfe“ stützte, die Diktatur des Proletariats als Perspektive der gegenwärtigen Revolution auf. Die Dezemberniederlage wirkte auf viele bewußte Genossen der Minderheitsfraktion recht ernüchternd und ließ sie zu ihrem vorherigen Minderheitsstandpunkt zurückkehren. Aber die revolutionären Illusionen beherrschten die Partei so mächtig, daß die ersten Schritte der Minderheit auf diesem Wege unschlüssig zurückgehalten wurden. Die Minderheitsfraktion wagte es nicht, so weit zu gehen, den Boykott

rücksichtslos zu verwerfen, und sie stellte deshalb eine zweideutige Halbheitsformel auf: an den Wahlen teilzunehmen, aber nicht um für die Duma zu wählen, sondern um die Wahlen zur Bildung von revolutionären Selbstverwaltungsorganen auszunutzen. Infolge der Halbheit dieser Formel konnte sie natürlich nicht mit der konsequenten Propaganda des vollständigen Boykotts konkurrieren. Die Taktik der konsequenten Boykottierung der Dumawahlen wurde zur Taktik der großen Mehrheit der Partei. Aber sie wurde keineswegs zur Taktik der großen Mehrheit der Bevölkerung, noch der Mehrheit des Proletariats.

Alle Bevölkerungsschichten beteiligten sich aktiv an den Wahlen; unter dem Proletariat waren nur die organisierten Schichten Anhänger des Boykotts, und zwar dort, wo der Einfluß der Sozialdemokratie am stärksten war. So zum Beispiel wurde der Boykott erfolgreich durchgeführt in Petersburg und im Petersburger Gouvernement. In 49 Prozent der Petersburger Unternehmungen beteiligten sich die Arbeiter gar nicht an den Wahlen, in den übrigen 51 Prozent der Unternehmungen beteiligte sich kaum der vierte Teil der Arbeiter.* Noch erfolgreicher wurde der Boykott in den Vororten Petersburgs durchgeführt. Dort waren es zirka 70 Prozent der Unternehmungen, in denen die Arbeiter an den Wahlen sich nicht beteiligt hatten. Im ganzen Petersburger Gouvernement war dieser Prozentsatz gleich 54. Weniger Erfolg hatte der Boykott in Moskau und im Moskauer Gouvernement. In Moskau-Stadt waren es nur 23 Prozent, im Moskauer Gouvernement nur 22 Prozent der Unternehmungen, in denen sich die Arbeiter an den Wahlen nicht beteiligten. Wenn wir sämtliche Gouvernements betrachten, so ergibt sich, daß — mit Ausnahme Petersburgs — gerade die Gouvernements mit am stärksten

* M. Bogdanoff und F. Dan, Die Arbeiterdeputierten in der ersten Duma, S. 35.

entwickelter Industrie am schwächsten vom Boykott ergriffen waren. Während die Gouvernements mit schwach entwickelter Industrie, wie Charkow, Cherson, Kiew, 50 Prozent, 33 Prozent und 30 Prozent an Nichtbeteiligten an den Wahlen ergaben, sank dieser Prozentsatz in den Gouvernements mit reich entwickelter Industrie und Bergbau, wie Sefaterinoslaw, Wladimir und Moskau, auf die unbedeutende Höhe von 17 Prozent, 15 Prozent und 22 Prozent.*

Auf Grund einer Reihe von Tatsachen und Zahlen charakterisiert die oben zitierte Schrift die Haltung der Arbeitermassen zu den Dumawahlen folgendermaßen:

„Zweifellos hat der Boykott einen starken Einfluß auf den Ausgang der Wahlen ausgeübt. Er hat nicht nur die besten, aktivsten und klassenbewußtesten Teile des Proletariats von dem Wahlkampf ferngehalten, sondern er hat auch das Verhalten zu den Dumawahlen denjenigen Arbeitermassen, die gegen das Boykottieren waren, gewissermaßen beeinträchtigt. Dort, wo breite Schichten der Arbeiterklasse vom Boykott ergriffen waren, fielen seine minder bewußten Schichten gänzlich in die Hände der Agitatoren des „Schwarzen Hunderts“. Ihren Arbeitsherren, ihren Meistern und den anderen Machthabern der Fabrik zu Gefallen übten sie ihre Bürgerpflicht aus und bescherten mit dem Ehrentitel eines Volksvertreters die geschworenen Feinde der Arbeiterklasse. Dort, wo der Boykott nur die organisierten Arbeiter umfaßte und die andern Arbeiter unberührt ließ, wählten die letzteren — da sie von ihren natürlichen Führern verlassen waren — den tüchtigsten und klassenbewußtesten aus ihrer Mitte.“**

Wie verhielten sich nun zu den Dumawahlen die von den breiten Arbeitermassen gewählten Wahlmänner?

„Die Wahlmänner des Gouvernements Moskau stellten eine ganze Reihe unmittelbarer Bedürfnisse der Arbeiterklasse

* Ibid. S. 34 f. ** Ibid. S. 45.

auf, deren Befriedigung ihre Abgeordneten in der Duma fordern sollten. Die Wahlmänner der industriellen Unternehmungen Moskaus beschloßen, daß es unerwünscht sei, den Abgeordneten durch etwaige Instruktionen zu binden, und daß er nur die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen habe. Die Wahlmänner der Zekaterinoflawer Arbeiter schlossen sich dem sozialdemokratischen Programm an, und das Mandat, das die Arbeiterwahlmänner dem Dumaabgeordneten Michailitschenko überreichten, zählte die politischen und gewerkllichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse auf. In ähnlicher Weise handelten die Arbeiterwahlmänner in Saratow, Tscherkassk, Wladimir, und dies wiederholte sich in gewissem Grade fast überall. Die durch den Boykott sich selbst überlassene Arbeitermasse, welche keine Anleitung und Unterstützung seitens der Führer empfing, löste die Frage der Dumawahlen nach ihrem Gutdünken. Sie stellte in erster Reihe die notwendigsten Bedürfnisse fest; sie meinte, die Duma sei imstande, diese zu befriedigen und deshalb beauftragte sie ihre Abgeordneten, diese Befriedigung in der Duma zu erstreben. Genau so, wie die Bauernschaft von der Duma Land und Freiheit erwartete, erwarteten die Massen der Arbeiter, daß die Duma ihnen Freiheit und Beseitigung all ihres Leides bringen würde.*

Die Taktik des Boykotts hatte also eine doppelte Wirkung: in den klassenbewußten Kreisen des Proletariats rief sie eine feindselige Haltung zur Duma hervor; die übrigen Arbeiter, die mit konfuseu Vorstellungen von der Bedeutung der Duma, mit naiven Hoffnungen auf diese erfüllt waren, überließ sie ihrem Schicksal. Durch diese Boykotttaktik schwächte die Sozialdemokratie von vornherein die Kräfte der Duma in ihrem Kampfe gegen die Regierung. Infolge dieser Taktik verpaßte die Sozialdemokratie die Gelegenheit, die Dumawahlen zum Zwecke der Vorbereitung der breiten

* Ibid. S. 45 bis 46.

Arbeitermassen zur energischen aktiven Unterstützung der Duma auszunutzen, und gleichzeitig entzog sie der Duma diese Unterstützung auch seitens der klassenbewußten Schichten des Proletariats.

Dem Willen der Sozialdemokratie entgegen und trotz deren Prophezeiungen wurde die Duma zu einer natürlichen Etappe der Bewegung. Die Masse des Proletariats, die Handlungsgehilfen, die unteren Angestellten, das städtische Kleinbürgertum, die Intelligenz und schließlich die Bauernschaft stürzten sich in die Dumawahlen und bewirkten eine oppositionelle, statt der erwarteten reaktionären Duma. Unter dem Eindruck dieses Wahlerfolges, der die Verwerflichkeit der Boykotttaktik einhellig bewies, begannen die Boykotttendenzen in der Partei aufzutauen; die „Minderheits“-Fraktion erklärte diese Taktik als von Anfang bis zu Ende falsch, und der sogenannte Einigungsparteitag, der am Vorabend des Zusammentretens der ersten Duma in Stockholm tagte, gab die Idee des Boykottierens der Duma auf und anerkannte die Unvermeidlichkeit eines Kampfes der Duma gegen die Regierung und die Notwendigkeit, diesen Kampf im Interesse der weiteren Fortentwicklung der Revolution auszunutzen; dieser Parteitag sprach sich ferner für die Beteiligung an den Dumawahlen in den Gebieten aus, wo diese noch bevorstanden;* er erklärte schließlich die Bildung einer sozialdemokratischen Dumafraktion für notwendig; eine Resolution in diesem Sinne wurde gegen eine ziemlich starke Minorität der „Mehrheit“-Delegierten durchgesetzt, die für die Rechtfertigung des Boykotts und gegen das Bestehen einer sozialdemokratischen Dumafraktion sich ausgesprochen und beantragt hatte, die Duma hauptsächlich dazu auszunutzen, um die Inkonssequenz der Kadetten zu entlarven und

* Nämlich in Sibirien und im Kaukasus, wo die Wahlen erst nach dem Zusammentreten der Duma stattfanden und wo fast ausschließlich sozialdemokratische Dumaabgeordnete gewählt wurden, was hauptsächlich dieser Beschlußfassung zu verdanken ist. Der Übersetzer.

um den Kampf zwischen diesen und den „Elementen der bäuerlichen und revolutionären Demokratie“ zu verschärfen.

Die „Minderheits“-Richtung, die jetzt die Majorität der Partei gewann, wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um die Fehler der Boykotttaktik wieder gut zu machen.

Dank der Bemühung der „Minderheits“-Fraktion gelang es schließlich, eine sozialdemokratische Dumafraktion zu bilden, eine Wechselwirkung zwischen dieser Fraktion und den breiten Massen des Proletariats herzustellen und die Aufmerksamkeit dieser Massen an die Duma und die darin sich entwickelnden Kämpfe zu fesseln. Abgesehen von jenen schwer verwischbaren Spuren, die die vorhergehende verfehlte Taktik der Sozialdemokratie in dem Bewußtsein eines bedeutenden Teiles des Proletariats hinterließ, erschwerte die starke „Mehrheits“-Richtung in der Partei die Verwirklichung der Resolutionen des Einigungsparteitages. Gerade im Moment des entscheidenden Kampfes zwischen Duma und Regierung und gerade als im ganzen Lande die Frage der Unterstützung der Duma durch die Bevölkerung auftauchte, kam es zwischen den beiden Richtungen in der Partei zu einem heftigen Zusammenstoß.

Als die Duma die Forderungen der Revolution — wenn auch in beschränkter Form — aufstellte, stieß sie auf unterschiedenen Widerstand seitens der Bureaucratie. Darauf antwortete die Duma durch ihre Mehrheitsparteien (Kadetten, Arbeitsgruppen und Sozialdemokratie) mit der Forderung eines verantwortlichen Ministeriums. Diese Forderung war die natürliche, logische Konsequenz des Zusammenstoßes zwischen Bureaucratie und Volksvertretung, sie trieb die kardinale Machtfrage auf die Spitze und bedeutete eine Forderung des Überganges der Staatsgewalt aus den Händen der Bureaucratie in die Hände der Volksvertretung.

Die Notwendigkeit eines konsequenten parlamentarischen Regimes mit so überzeugender Anschaulichkeit den breiten Bevölkerungsmassen bis auf seine rückständigsten Schichten

klarzulegen, wurde ganz besonders dadurch unterstrichen, daß die Duma mit der Forderung eines verantwortlichen Ministeriums auf die Weigerung der Bureaucratie, den Bauern Land und dem Volke Freiheit zu gewähren, antwortete.

Aber die „Mehrheits“-Fraktion der Sozialdemokratie, die gerade in den größten Zentren, in Petersburg und Moskau, die Oberhand hatte, wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um das Proletariat in demselben isolierten Zustand zu erhalten, in den es seit den Freiheitstagen versetzt war.

Mit erstaunlicher Blindheit, bei völligem Mangel an Verständnis für den sich hier abspielenden Kampf, interpretierte sie die Forderung eines verantwortlichen Ministeriums als die Forderung eines kadettischen Ministeriums, und wollte nichts anderes darin sehen, als die Kompromißtendenz der Kadettenpartei. Sie wandte alle ihre Kräfte auf, um zu verhindern, daß die Duma, die die Interessen verschiedener Klassen vertrat und verschiedene Parteien vereinigte, zu einem gemeinsamen Kampfboden werde. In ihrer Presse und in den Versammlungen gab sie viel mehr auf den Kampf gegen die Kadetten, als auf den gegen die Regierung acht; sie brandmarkte die Duma als eine „kadettische Kompromißinstitution“ und ungeachtet des heranrückenden Konfliktes zwischen der gesamten Duma und der Regierung rief sie nicht zur Unterstützung der Duma, sondern ihres linken Flügels auf, der aus der Sozialdemokratie und der Arbeitsgruppe bestand; die Idee der Diktatur des Proletariats und des Bauernturns beherrschte ihre Gedanken. Indem sie nach dieser Diktatur strebte, fürchtete sie die kadettische Duma und wollte diese mit dem Volke nicht eng verbunden wissen.

Die „Mehrheits“-Richtung fürchtete, daß die Kadetten die breiten Bevölkerungsschichten, darunter auch das Bauernturn, auf dem Wege der Kompromisse mit dem alten Regime mit sich fortreißen würden, und dann müßten die Hoffnungen auf eine Diktatur des Proletariats und des Bauernturns aufgegeben werden. Der Kampf um das Bauernturn

gegen die Kadetten war dabei immer ihr Beweggrund gewesen. Sie verzichtete auf den Boykott der Duma, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß die Bauern und das Proletariat in der Duma zahlreich vertreten waren und nachdem sich dort eine starke Arbeitsgruppe („Trudowiki“) gebildet hatte, die die Interessen des Bauerntums verteidigte. Aber um so energischer verteidigte die „Mehrheit“ die Notwendigkeit, nur den linken Flügel der Duma, nur die Sozialdemokratie und die Arbeitsgruppe zu unterstützen, und um so wütender führte sie den Kampf gegen die Kadettenmehrheit der Duma und gegen deren Unterstützung.

In Wirklichkeit aber führte die Kadettenmehrheit keineswegs die Duma zu Kompromissen mit der Regierung. Sie stellte der Regierung unannehmbare Forderungen, indem sie ein verantwortliches Ministerium beanspruchte, und trat in unverhohlenen Konflikt mit der Bureaucratie auf dem Boden ihres Agrarprogramms und ihrer Bestrebungen, die allgemeine Lage der Bauern auf Kosten des feudalen Grundbesitzes zu heben.

Dazu hatte das Bauerntum schon begonnen, sich zum politischen Leben heranziehen zu lassen. Die ziemlich starke Arbeitsgruppe „Trudowiki“* in der Duma zeigte weder genügende Standhaftigkeit, noch genügende Konsequenz in ihrem Demokratismus, aber trotz alledem war die Arbeitsgruppe demjenigen Bauerntum weit voraus, dessen Interessen sie zu vertreten hatte. Sie war nicht unmittelbar aus dem Bauerntum herausgewachsen, das Bauerntum wählte keine „Trudowiki“, es wählte Parteilose, oftmals sogar Reaktionäre, aber dank der Agitation verwandelten sich diese Parteilosen und Reaktionäre in den höheren Stadien der Wahlen und in der Duma selbst in „Trudowiki“ und wurden von der revolutionären Stimmung durchdrungen. Aber diese Umwandlung der bäuerlichen Dumaabgeordneten war noch weit entfernt, eine Umwandlung des gesamten

* „Trudowiki“ (Arbeitsgruppe) nannten sich die Vertreter der Bauern in der Duma.

Bauerntums zu sein. Die Tätigkeit der Duma trug sehr viel zur systematischen Erziehung und Schulung der Bauern zum politischen Leben bei, aber während der kurzen Zeitdauer ihrer Existenz konnte sie nicht allzuviel ausrichten. Wenn es überhaupt eine Möglichkeit gab, die Bauern in den aktiven Kampf hineinzuziehen, so konnte sie nur in dem einmütigen Bestreben der Bevölkerung zu suchen sein, die Duma in ihrem Kampfe gegen die Regierung zu unterstützen. Denn der Brennpunkt dieses Kampfes war die Grund- und Bodenfrage geworden, infolge des gehässigen Verhaltens der Bureaucratie und des feudalen Grundbesitzes zu der Forderung der Zwangsenteignung des Grund und Bodens des Adels, wie es die Duma aufstellte.

Ich will nicht näher darauf eingehen, ob und inwiefern die Idee der Diktatur des Proletariats und des Bauerntums stichhaltig ist; aber wenn diese Diktatur je Aussicht auf Verwirklichung gehabt hätte, so konnten diese Aussichten nur durch Verschärfung des Antagonismus zwischen dem Bauerntum und dem alten Regime, durch das Heranziehen des Bauerntums zum aktiven Kampf gegen die Regierung begünstigt werden. Deshalb war selbst vom Standpunkte einer Diktatur des Proletariats und des Bauerntums aus die Taktik der „Mehrheit“ fehlerhaft. Psychologisch erklärt sich ihre Taktik; aber da sie nicht das reale Bauerntum ins Auge gefaßt hatte, sondern nur dessen phantastisches Trugbild, da sie die reale, milchterne Analyse der Wirklichkeit durch den Glauben an die spontanen Kräfte der Revolution ersetzte, so konnte ihre Taktik der Revolution nur Schaden bringen, anstatt die Diktatur des Proletariats und des Bauerntums zu beschleunigen.

Den Schwerpunkt ihres Kampfes übertrug die „Mehrheit“ von der Regierung auf die Duma; mit allen Kräften strebte sie das Proletariat gegen die „Kadettische“ Duma aufzuheben, und die Kluft zwischen dem klassenbewußten Proletariat und der zahlreichen städtischen Demokratie, die hinter den Ka-

betten stand, zu vertiefen. Zweifelsohne erleichterte die „Mehrheit“ durch ihre Taktik die ungefühnt gebliebene Auflösung der ersten Duma.

In dieser Beziehung ging die „Mehrheit“ Hand in Hand mit ihren Feinden, den Kadetten. Indem diese aus der Formel der Wahlrechtsforderung in ihrer Adresse an den Zaren die Worte „direktes, gleiches und geheimes“ ausmerzten, in ihrer Gesetzesvorlage betreffs Koalitionsrecht der Willkür der Polizei freie Hand ließen, in der Duma den Antrag, „rein demokratische Lokalkomitees zum Zwecke der Ausarbeitung und Lösung der Grund- und Bodenfrage zu bilden“, abgelehnt hatten, gossen sie Wasser auf die Mühle der „Mehrheits“-Anhänger, denen sie reichen Stoff zur Anklage und Beschuldigung der Kadettenduma verschafften.

Aber selbst bei schärfster Kritik des Verrats seitens der Kadetten durfte nicht vergessen werden, daß wir mit den Kadetten einen gemeinsamen Feind haben, und daß wir die Forderungen, die den Feind zu vernichten geeignet sind, mit ihnen teilen.

Die Duma wurde auseinandergejagt. Einige Soldatenrevolten in Sveaborg, Kronstadt, Reval und ein mißlungener Streik in Petersburg und Moskau war die Antwort auf diese Auflösung. Das Volk unterstützte die davongejagte Duma nicht und schuf der Bureaucratie freie Hand zu der zügellosesten Willkür, die noch bis auf heute auf uns lastet.

Was gab der Regierung die Kühnheit, so schnell die Duma aufzulösen, und was verschaffte ihr die Möglichkeit, dieses ungestraft zu tun?

Zur Zeit des entscheidenden Zusammenstoßes mit der Duma hatte die Regierung den Dezembersteg über die Revolution hinter sich und vor sich den gehässigen Zwiespalt zwischen zwei gegnerischen Kräften der Duma mit den ihr anhängenden Bevölkerungsschichten einerseits und dem aktiven, klassenbewußten Proletariat andererseits. Zudem herrschte zur Zeit der Dumaauflösung unter dem klassenbewußten

Proletariat Zaghaftigkeit und Unschlüssigkeit infolge der vorangegangenen Fehler; es mangelte an Enthusiasmus, an revolutionärer Stimmung: denn es handelte sich ja um diejenige Duma, die es boykottiert hatte, welche es als eine verräterische „Kadettische“ Kompromißduma zu betrachten gewohnt war.

Als unmittelbar nach der Dumaauflösung die Vertreter der Petersburger Fabrikarbeiter zur Beratung zusammentraten, herrschte unter ihnen die Meinung, daß es notwendig sei, zuerst sich die Unterstützung des Bauerntums und der anderen Bevölkerungsschichten zu sichern. Das Proletariat, diese Avantgarde der Revolution, bedurfte nach der Dezemberriederlage der Initiative anderer Bevölkerungsschichten. Leider waren aber jetzt diese anderen Bevölkerungsschichten unfähig, im entscheidenden Moment die Initiative zu ergreifen; besonders war das Bauerntum dazu kaum organisiert und zu wenig politisch bewußt; die mehr oder minder ausgedehnten Bauernrevolten folgten stets denen des Proletariats, und indem nun das Proletariat sich nicht entschließen konnte, die revolutionäre Initiative zu übernehmen, entzog es der Bewegung jeden Boden.

Einige Vertreter der Petersburger Fabrikarbeiter behaupteten dabei, ein Eisenbahnerstreik sei notwendig, da ohne diesen ein allgemeiner Massenstreik undenkbar sei. Aber nach den ungeheuren Dezemberrepressalien und angesichts der Entschlossenheit der Regierung, vor keiner Greuelthat zurückzuschrecken, um jeden Eisenbahnerstreik zu verhindern, wiesen die Eisenbahner — und vollkommen mit Recht — darauf hin, daß nur bei einer gleichzeitigen starken Volksbewegung ein erfolgreicher Eisenbahnerstreik möglich sei, und daß sie nur in solchem Falle sich entschließen könnten, ihn zu proklamieren, da sie auch nur in diesem Falle auf Beteiligung der gesamten Eisenbahnermassen rechnen könnten. Die Fabrikarbeiter bedurften die Initiative der Eisenbahner, diese die Initiative der Fabrikarbeiter, diese beiden wiederum die Initiative der Bauernschaft, letztere aber, die bisher nie

eine revolutionäre Initiative übernommen hatte, war auch diesmal unfähig, es zu tun. Als aber hernach die an der Spitze des revolutionären Proletariats Petersburgs stehenden Organisationen, unter dem starken Eindruck der Militär-aufstände in Sveaborg und in Kronstadt, sich endlich entschlossen, die proletarischen Massen zum allgemeinen Streik aufzurufen, erwies sich, daß für die aufgestellte Losung: „Unterstützung der Duma“ nur die rückständigsten Schichten der Petersburger Arbeiter zu haben waren, nur diejenigen, die bis jetzt sehr schwach sich an der Bewegung beteiligt hatten. Der klassenbewußte Teil der Petersburger Arbeiter in seiner Mehrheit zeigte keine Neigung, im Namen dieser Losung sich zu erheben. Die „Mehrheits“-Fraktion, die das Petersburger Proletariat zur Boykotttaktik erzogen hatte, zog es vor, die Losung „für Sveaborg und Kronstadt“ aufzustellen. Da aber alsbald Nachrichten eintrafen, daß der Kronstadter Aufstand unterdrückt sei, ebenso der Sveaburger, begann der Streik jeden Boden zu verlieren. In Moskau wie in Petersburg umfaßte der Streik einen unbedeutenden Teil des Proletariats, und ehe noch die Provinz Zeit hatte, ihre Kräfte zusammenzufassen, um Petersburg und Moskau zu unterstützen, hatte der Streik in den beiden Residenzstädten schon aufgehört. Die Eisenbahner hatten an diesem Streik gar keinen Anteil genommen.

Die Taktik, die das klassenbewußte Proletariat sich angeeignet hatte, zusammen mit ihrer Folge: der Dezemberniederlage, machte diese neue Niederlage unvermeidlich. Diese Taktik stärkte die Machtstellung der Regierung im Moment ihres Zusammenstoßes mit der Duma, gab ihr die Kühnheit, die Duma auseinanderzujagen, bevor diese Zeit hatte, die Volksmassen zu gewinnen und zu organisieren, und nach der Dumaauflösung machte sie das Auftreten des Proletariats und die allgemeine Volksbewegung zur Unterstützung der Duma unmöglich.

Das Jahr 1907

Ein Anhang von S. Lewitin

Das Jahr 1907.

Nach dem Erscheinen dieses Buches in Rußland ist ein volles Jahr verfloßen. Im Laufe dieses Jahres wurde die zweite Duma und nach deren Auflösung die dritte Duma ins Leben gerufen. Die Schicksale der zweiten und dritten Duma und das um diese sich gruppierende politische Leben in kurzem zu schildern, ist die Aufgabe dieses Nachtrages.

Die erste Reichsduma wurde gerade in dem Moment aufgelöst, als sie die ernste Absicht zeigte, die Kardinalfrage des politischen Lebens Rußlands — die Bauernfrage — in einem der Regierung unerwünschten Sinne zu lösen. Zwangsenteignung des Grund und Bodens, und zwar unentgeltliche, so lautete in und außerhalb der Duma die Hauptforderung des Bauerntums und der mit ihm sympathisierenden Parteien, desselben Bauerntums, auf das die Regierung haute und von dem sie annahm, daß seine rückständigen, jeder Politik fernstehenden Massen ihr eine reaktionäre, regierungstreue Dumamehrheit sichern würde.

Bald nach der Dumaauflösung erließ die Regierung auf antikonstitutionellem Wege einige Uktase betreffs der Errichtung von „Landzuteilungskommissionen“ zum Zwecke der Parzellierung der Apanagenländereien, die als kleine Farmen durch die Vermittlung der Agrarbank verkauft werden sollten; ferner sollte den Bauern das Austreten aus den Bauerngemeinden erleichtert werden und dergleichen. Mit diesen „Reformen“ glaubte die Regierung die Bauern zu fördern und die Bevölkerung zu beruhigen. Aber sie konnte weder das eine noch das andere damit erreichen, am wenigsten konnte sie dadurch den Prozeß der Proletarisierung des Bauerntums aufheben und dem Bodenmangel abhelfen. Daß dieser Not abgeholfen werden müsse, gaben selbst die Regierung und die äußersten rechten Parteien zu; es wäre

auch unmöglich gewesen, dies zu leugnen, denn die Not war schreiend, wie es folgende Zahlen veranschaulichen.

Das 120 Millionen Köpfe zählende Bauerntum, das heißt 80 Prozent der Gesamtbevölkerung Rußlands, besitzt nur 146 Millionen Desjätinen Ackerland, die 130 000 Gutsbesitzer dagegen besitzen 94 Millionen Desjätinen. An Pachtgeld allein zahlen die Bauern den Gutsbesitzern 200 Millionen Rubel jährlich.

Das Bauerntum konnte also nach der Auflösung der ersten Duma sich nicht beruhigen. Die Bauernrevolten nahmen nach der Dumaauflösung stark zu. Wie entfernt Rußland von einer Beruhigung war, zeigten auch die verstärkten Repressalien seitens der Regierung, die zunehmende Zahl der Hinrichtungen, Verbannungen und Verurteilungen zur Zwangsarbeit und dergleichen, und schließlich bekräftigte es auch der oppositionelle Charakter der zweiten Duma.

Die Regierung setzte ihren Apparat in Bewegung, um die Wahlagitation zu beeinträchtigen und die Wahlen zu beeinflussen. Sie scheute vor keinem Mittel zurück bis zur Fälschung der Wahllisten, willkürlichem Ausstreichen aus den Listen und anderem mehr.

Durch Verhaftungen und Deportation beseitigte sie aus der Wahlagitation solche Personen, die Einfluß auf die Massen haben konnten, und nicht nur die aus den äußersten linken Parteien, sondern auch aus der bürgerlichen demokratischen Opposition. Indem sie die Abgeordneten der ersten Duma, die das Wiborger Manifest unterzeichnet hatten, wegen Hochverrat vor Gericht stellte, verhinderte sie die Bevölkerung daran, diese Männer wiederzuwählen. Die Masse der städtischen Wähler terrorisierte sie durch die Aktionen der Schwarzen Hundert, Pogrome und dergleichen. Sie beschränkte die Wahlrechte verschiedener Bevölkerungsschichten durch administrative Rundschreiben an die Lokalbehörden. Die ländlichen Wähler terrorisierte sie wiederum durch Strafexpeditionen, die ganze Dörfer einscherten. Trotz

aller dieser Machinationen wuchs das Interesse an den Wahlen und die politisch bewußte Wahlbeteiligung bei der städtischen wie bei der Landbevölkerung mächtig an. Die Regierung wandte alle ihr zu Gebote stehenden Mittel an, um eine gefügige Duma zu erzwingen — die Bevölkerung wählte trotzdem eine oppositionelle. In der zweiten Duma war das Stärkeverhältnis der Parteien wie folgt:

1. Rechte	12
2. Oktobristen und Gemäßigte	43
3. Parteiloze	50
4. Kadetten	96
5. Polen	46
6. Muselmänner (siehe Seite 152)	30
7. Kosakenvertreter	17
8. „Trudowiki“	103
9. Volkssozialisten	16
10. Sozialrevolutionäre	37
11. Sozialdemokraten	69

Die Bevölkerung konzentrierte alle ihre Kräfte, ihre ganze Kampfernergie auf die Duma, um neue politische Freiheiten zu erringen. Deshalb gaben die Wähler fast aller Parteien ihren Abgeordneten die Weisung: „Die Duma zu erhalten“. Und in der Tat wurde dies die Losung aller Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten, die in vollständigem Einvernehmen mit der Regierung ihre provozierende Taktik in entgegengesetzter Richtung gestaltete.

In der zweiten Duma waren die verschiedenen während der Revolution sich betätigenden politischen Parteien und Strömungen viel vollständiger als in der ersten Duma vertreten. Es erweist sich deshalb zum Verständnis der Dumatätigkeit als notwendig, die bedeutendsten dieser Parteien etwas näher zu betrachten.

Die zentrale und führende Rolle innerhalb der bürgerlichen Opposition gehörte der Partei der konstitutionellen

Demokraten (Kadetten). In ihrer großen Mehrheit bestand sie aus Vertretern der freien Berufe und der liberalen Großgrundbesitzer; sie gehörte in der vorrevolutionären Epoche den „Semstwo“ an, sich zu Beginn des Revolutionsjahres 1905 um ihr Organ, die „Oswoboschdenije“* gruppierend und zu einer politischen Partei ausgestaltend. Während des Revolutionsprozesses wurde diese Partei immer mehr nach links geschoben. Da sie die Errungenschaften der Revolution in ihrem eigenen Interesse ausnützen wollte und mußte, so mußte sie sich nicht nur auf das städtische Bürgertum, sondern auch auf das Bauerntum stützen. Infolgedessen sah sie sich genötigt, auch die Interessen und Forderungen des letzteren zu berücksichtigen. Zurzeit der Oktoberbewegung (1905) besaß sie ein ziemlich ausgearbeitetes Programm, worin sie ihre Forderung demokratischer Agrar- und Sozialreform kundgab. Die bedeutendste unter diesen Forderungen war die der Zwangsenteignung des Grund und Bodens zugunsten des Bauerntums. Bezeichnend für den Klassencharakter dieser Partei ist dabei, daß sie nur entgeltliche Zwangsenteignung nach billiger Taxation forderte — eine Einschränkung, die eine Konzession an die Großgrundbesitzer bedeutete. Die Sozialreformen des kadettischen Parteiprogramms war also den „realen Umständen“ angepaßt.

Die Zwitternatur dieser Partei erklärt sich aus ihrer Zwischenstellung im politischen Leben Rußlands: einerseits drückten ihre Klasseninteressen auf ihren Konstitutionalismus und machten sie überhaupt zur Kompromißpartei, die auf ihre wesentlichsten demokratischen Forderungen verzichten mußte, wie zum Beispiel auf die von den Kadetten in der ersten Duma aufgestellte Forderung eines verantwortlichen

* Die Oswoboschdenije erschien seit 1902 bei J. S. W. Dietz in Stuttgart und wurde von Peter v. Struve, einem ehemaligen Marxisten und späteren Kadetten, redigiert.

Ministeriums, die schon in der zweiten Duma zurückgezogen wurde. Andererseits mußte sie sich, um ihre Parteipolitik durchzusetzen, auf die Massen stützen und deren radikale Forderungen vertreten. Ihrem Wesen nach fürchtete sie die Massen, wie es aus ihrer Haltung hervorgeht, daß sie, nachdem die Regierung in ihrer Agrardeklaration die Forderung „Land und Freiheit“ strikte zurückwies, den Bauern empfahl, „friedlich abzuwarten“, und als die Sozialdemokratie und Trudowiki beantragten, die Duma möge sich an das Volk wenden, um es über den wahren Sinn der Regierungsdeklaration, wie überhaupt über ihre Agrarpolitik und über die gesamte politische Lage aufzuklären, lehnten die Kadetten diesen Antrag wiederholt ab. Diese Furcht vor den Massen zeigte die Kadettenpartei auch dadurch, daß sie im kritischen Augenblick, als die erste Duma auseinandergejagt wurde, im Wiborger Manifest, das sich an das Volk wandte, den passiven Widerstand als das äußerste Kampfmittel gegen die Regierung anzunehmen empfahl.

Die rechts von den Kadetten stehende Partei, die erst in der dritten Duma eine ausschlaggebende Rolle erhielt, war die Partei der „Oktobristen“, die angeblich auf dem Boden der im Manifest vom 30. Oktober verkündeten Konstitution stehen wollte. Die Oktobristen galten als Vertreter des Großhandels und zum Teil des Großgrundbesitzes und der Großindustrie. Die Reformen des 30. Oktober standen wohl in ihrem Programm, aber nur auf dem Papier. Da sie in gewisser Beziehung die Interessen des Kapitals vertraten, so mußten sie sich einigermaßen eine oppositionelle Haltung aneignen.

So zum Beispiel forderten sie gesetzgeberische Vollmacht für die Duma und staatliche Landzuteilung für die Bauern, natürlich unter hohen Ablösezahlungen und nach Vereinbarung mit den Grundbesitzern durch Vermittlung der Agrarbank.

Bemerkenswert ist, daß diese Partei jetzt die Revolution bekämpft und daß die von der Regierung angewandten „Beruhigungs“mittel bis auf Feldgerichte und Massenhinrichtungen Billigung und moralische Unterstützung bei ihr finden.

Links von den Kadetten stehen die Polen und Muselmänner. Infolge der brutalen russifizierenden Taktik der Regierung den fremden Völkern Rußlands gegenüber gehören selbst die bürgerlichen Schichten dieser Völker der radikalen Opposition an. Die Muselmänner, Vertreter der asiatischen Völkern Rußlands, zählten zu den radikalsten unter den nationalen Parteien der zweiten Duma und stimmten meistens mit den Trudowiki zusammen.

Weiter nach links folgten die Trudowiki, über deren Natur und Entstehung im 7. Kapitel gesprochen worden ist. (Siehe Seite 140.) So entschieden konsequent und geschlossen sie über alles, was die Agrarfrage anlangt, gestimmt haben, ebenso unschlüssig und wankelmütig waren sie in allen anderen rein politischen Fragen und stimmten bald mit den Sozialdemokraten, bald mit den Kadetten. In der ersten Duma bildeten sie noch eine übereinstimmende Fraktion, in der zweiten begannen sie sich gewissermaßen zu differenzieren, indem die politisch reiferen Elemente sich teils den Kadetten, teils den Volkssozialisten anschlossen, insofern die übrigen noch unschlüssiger und inkonsequenter und damit widerstandsunfähiger in ihrer Taktik wurden; sie waren sogar bereit, auf die Grundforderung des Bauerntums, „der unentgeltlichen Zwangsenteignung des Grund und Bodens“, zu verzichten.

Die äußersten linken Parteien waren die Volkssozialisten und die Sozialdemokraten, sowie die Sozialrevolutionäre. Ihre proletarisch-sozialistischen Forderungen brauchen hier nicht eingehender erörtert zu werden. Es ist nur die Stellung dieser Parteien zur Agrarfrage zu erwähnen. Während die Sozialdemokraten in ihrem Agrarprogramm die Ent-

eignung des Großgrundbesitzes und die Übergabe der Verwaltung an die demokratischen Ortskörperschaften fordert, fordern die Sozialrevolutionäre und zum Teil auch die Volkssozialisten (Narodnik) Sozialisierung des Grund und Bodens.

Die zweite Duma, die am 20. Februar 1907 zusammentrat, war bei ihren ersten Schritten von einer dumpfen Atmosphäre umgeben. Im Reiche wütete die Reaktion; keine oppositionelle Partei von den Kadetten ab war legalisiert, die Gewerkschaften, die soeben aufzukommen begannen, wurden unterdrückt, die Presse wurde durch Gerichtsverfahren und hohe Geldstrafen verfolgt, die Gefängnisse waren überfüllt, schreckliche Folter Szenen spielten sich dort ab, zu Tausenden wurden politisch Verurteilte nach Sibirien verbannt, unzählige Hinrichtungen fanden statt. Die rosigen Hoffnungen der ersten Duma, die Bevölkerung, besonders aber die Bauern würden sie im Falle ihrer Auflösung durch entschiedenes Auftreten unterstützen, scheiterten. Um so weniger konnte man eine solche Unterstützung der zweiten Duma erwarten. Vom ersten Tage ihres Zusammentretens an hing auch über ihr die Gefahr einer Auflösung, und dadurch erklärte sich jene gespannte Atmosphäre peinlicher Animosität und gesteigerter Nebseligkeit, welche die zweite Duma kennzeichnete. Indessen trat doch ein Unterschied in dem allgemeinen Bestreben, um jeden Preis „die Duma zu erhalten“, hervor: die Rechte der zweiten Duma, darunter die Oktobristen und ebenso die ins Zentrum zurückgeschrittenen Kadetten strebten, die Duma zu erhalten zum Zwecke gesetzgeberischer Tätigkeit unter den bestehenden Verhältnissen. Sie verfolgten angeblich die Taktik einer Belagerung der Regierung, wie die Kadetten es bezeichneten, die in Wirklichkeit aber nichts anderes als ein Rückzug war. Die Linke dagegen strebte, durch geeignete Interpellationen und durch Kritik der Regierungshandlungen diese zu diskreditieren und die Aufmerksamkeit der großen Massen aufs parlamentarische Leben zu lenken zwecks Zusammenschluß und Organisation.

Die Regierung wollte trotz der Dienstfertigkeit des Zentrums auf keine Kompromisse eingehen. Dieses ausschlaggebende Zentrum, nachdem es einmal auf die schiefe Ebene der Nachgiebigkeit und des Rückzugs geraten war, mußte immer weiter zurückweichen. Es vermied eine Antwort auf die herausfordernde Deklaration des Premierministers Stolypin, um einem Konflikt mit der Regierung auszuweichen. Es ließ sich gefallen, daß die Regierung der Duma die Zulassung der privaten Sachkundigen in die Kommissionsberatungen verbot; es bewilligte der Regierung die geforderten Summen für Verpflegung der hungernden Bauern, bewilligte den Militäretat und die von der Regierung eingereichte Gesetzesvorlage betreffs Vergrößerung des Kontingents der Rekruten usw.

Die Sozialdemokratie brandmarkte in ihren Interpellationen die Regierung und zwang damit das Zentrum, dasselbe zu tun. Die bedeutendsten Gesetzesvorlagen seitens der sozialdemokratischen Dumafraktion, die dazu führten, die Klassenphysiognomie der Kadettenpartei zu zeigen, waren zunächst die Gesetzesvorlage vom 7. März 1907 betreffs Hilfsorganisation für die hungernden Bauern und die Organisation der Arbeitslosen. Die Kadetten stimmten für die Überweisung der Arbeitslosen in staatliche Verpflegungsämter und für die Übergabe der Hilfe für die hungernden Bauern in die Hände der Regierung selbst, derselben Regierung, die auf ihrem Gewissen so viele Schandtaten der „großen Diebe“ à la Gurko und anderen hatte. Seitens der Sozialdemokratie wurden eine Interpellation eingebracht über die Strafexpeditionen, die schrecklichen Folterungen der Gefangenen in den Gefängnissen und auf dem Transport nach Sibirien und über das Verbot, daß die Geistlichen sich nicht den linken Parteien der Duma anschließen durften. Da ganz Rußland mit gespannter Aufmerksamkeit die Duma-verhandlungen verfolgte und große Hoffnungen auf sie setzte, da der moralische Einfluß und die Autorität der

Duma bedeutend waren, so kann man sich leicht vorstellen, von welcher hervorragenden Bedeutung dieses Auftreten der sozialdemokratischen Dumafraktion war. Die „Nowoje Wremja“, das Organ der Reaktion und der Bureaucratie, schrieb anlässlich der Reden der Sozialdemokraten in der Duma: „Diese Reden sind eine politische Aktion, sie sind dem Staate gefährlich. . .“

Schon von Anfang an waren es die sozialdemokratischen Redner, die die Deklarationen des Premierministers Stolypin beantworteten und diesen veranlaßten, in der Duma mit jener berückichtigten Rede aufzutreten, worin er der Opposition zurief: „Die Linke ruft der Regierung zu: Hände hoch! aber wir lassen uns nicht einschüchtern.“ Als in der bekannten Sitzung der Duma, worin der Militäretat unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit beraten wurde, der sozialdemokratische Redner Surabow die Armee, besonders aber das herrschende System, die Armee gegen das Volk zu gebrauchen, der schärfsten Kritik unterzog, schrieb die reaktionäre Presse, die Vertreterin der Bureaucratie, Feter und Hochverrat! und die Regierung drohte mit der Dumaauflösung. Obwohl der Regierung das Vorhandensein einer starken, 69 Abgeordnete zählenden sozialdemokratischen Fraktion und deren Tätigkeit in der Duma ein Dorn im Auge war, so war dies doch nicht der hauptsächlichste Grund der Drohung, um so weniger konnte es die Rede eines einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten sein. Die Duma entwickelte eine rege und ernste gesetzgeberische Tätigkeit: manche Gesetze, wie zum Beispiel das Gesetz über Aufhebung der Feldgerichte war bereits durchgesetzt und trat nach kurzer Zeit in Kraft;* in den zahlreichen Kommissionen wurden verschiedene Gesetzesvorlagen trotz der ungünstigen Umstände vorbereitet. Der Regierung war diese gesetzgeberische Tätigkeit

* Die Regierung führte statt dessen die Militärkreisgerichte ein, die ebenso grausam funktionierten.

der Duma, die sie mit Hilfe des Reichsrates annullieren konnte, weniger gefährlich, wohl aber die Verhandlungen in den Kommissionen und im Plenum über die Bauernfrage und die Gesetzesvorlagen zur Agrarreform, die die Bauernmassen aufwiegeln konnten.

Am 10. Mai trat Stolypin in der Duma mit einer neuen Deklaration auf, worin er zur Agrarreform Stellung nahm und das Prinzip der Zwangsentziehung zugab, natürlich unter hohen Ablösegeldern durch Vermittlung der Agrarbank. Die Regierung war nur zu gut unterrichtet, sie wußte, daß in den Kommissionen der Duma eine Gesetzesvorlage vorbereitet wurde, die auf ganz andere Weise diese brennende Frage der Landverteilung löste. Und da wurde der bekannte Feldzug gegen die sozialdemokratische Dumafraktion eingeleitet. Ein Hochverratsprozeß wurde schleunigst gegen sie inszeniert, sie wurde wegen Agitation unter der Armee und wegen eines angeblichen Zustandbringens einer Militärorganisation angeklagt. Dazu kam die offenbar von den Gendarmereagenten inszenierte Verschwörungssache, angeblich gegen den Zaren und seinen Thronfolger. Auch daran sollten die sozialdemokratischen Abgeordneten sich beteiligt haben. Vom Oberstaatsanwalt wurde der Duma die Forderung gestellt, die gesamte sozialdemokratische Fraktion auszuschließen und 16 Abgeordnete dem Gericht auszuliefern. Die Duma überwies diese Forderung einer Kommission, die binnen 24 Stunden ihren Beschluß darüber ausarbeiten und ihn der Duma vorlegen sollte. Aber noch ehe diese Kommission einen Beschluß zu fassen Zeit hatte, wurde die zweite Duma am 2. Juni aufgelöst und am 3. Juni wurde ein Manifest veröffentlicht, das ein neues Wahlgesetz verkündete.

Bezeichnend für die despotische Willkür der zarischen Regierung ist die Motivierung der Dumaauflösung in einem dies verkündenden Manifest. Die Duma — also dieselbe, deren Tätigkeit die Auflösung veranlaßte — sei arbeitsun-

fähig, da sie den Reichsetat nicht bewilligt habe. Sie habe ferner ihr Interpellationsrecht mißbraucht, und schließlich habe sie verweigert, die „politischen Verbrecher“ aus ihrer Mitte zu verbannen und dem Gericht auszuliefern. Diese schwere Sünde der Duma stamme daher, daß die Volksvertreter in einer den Interessen des Volkes und des Staates nicht entsprechenden Weise gewählt worden seien. Daraus wurde der Schluß gefolgert: das Wahlgesetz müsse abgeändert werden, und zwar nicht durch die Duma, die keine vollkommene Volksvertretung sei, sondern durch den Willen und die Eigenmacht des Monarchen. . . .

So wurde am 3. Juni der Staatsreich vollzogen, der die „Konstitution“ vom 30. Oktober 1905 annullierte. Gleichzeitig wurde das neue Wahlgesetz veröffentlicht, das offenbar sehr lange vorher ausgebrütet war, und das sorgfältig alle der Monarchie unliebsamen Elemente vom Wahlrecht auszuschließen bezweckte. Hier eine kurze Skizzierung des Gesetzes:

Es bestand aus lauter Wahlrechtsbeschränkungen. Die mittelasiatischen Gebiete, die meisten Gebiete Sibiriens wurden gänzlich ihres Wahlrechtes beraubt. Die Zahl der Volksvertreter der Grenzgebiete — Kaukasus, Polen und der Ostseeprovinzen — wurde fast um die Hälfte vermindert, dagegen erhielt die russische Bevölkerung dieser Grenzgebiete, abgesehen von ihrer Minderheit, das Recht, besondere Vertreter selbständig zu wählen. Auf dem flachen Lande wurden zunächst die verarmten Zwergbauern, die Landarbeiter und die ländliche Intelligenz gänzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen, indem nur den Grundbesitzenden und selbständig wirtschaftenden Bauern das Wahlrecht erteilt wurde; die Bauern durften nicht mehr nach Kurien, sondern mußten zusammen mit allen Bezirkswählern wählen; auch die bäuerlichen Wahlmänner durften nicht mehr selbständig ihre Bauernvertreter wählen, sondern auf den gemeinsamen Kreiswahlen, wo sie zumeist nur die Minderheit gegen die

Vertreter des Großgrundbesitzes bilden konnten. Dazu kommt noch der Umstand, daß die Gouverneure nachträglich durch Zirkulare bevollmächtigt wurden, die Wahlbezirke und Kreise nach Gutdünken und Einsicht einzuteilen, wodurch sie die Möglichkeit erhielten, Wahlbezirke, in denen das radikale Bauertum die Mehrheit bilden konnte, willkürlich zu zersplittern und an einen anderen oder an verschiedene Wahlkreise anzuschließen, in denen die Mehrheit immer den regierungstreuen Parteien gesichert blieb. Selbstverständlich machten die Gouverneure von dieser Vollmacht in weitestem Sinne Gebrauch. Das Resultat fiel glänzend für die Regierung aus: in den Bauernkurien, die bei den Wahlen zur zweiten Duma den Bauern 43,5 Prozent der Wahlmänner lieferten, den Großgrundbesitzern 23,6 Prozent, bildeten jetzt, nach dem Gesetz vom 3. Juni, die Bauernwahlmänner nur 22,2 Prozent, die der Großgrundbesitzer dagegen 51,2 Prozent.

Dann kam die Wahlrechtsbeschränkung des Proletariats. 19 große industrielle Städte bekamen überhaupt keine Vertretung mehr. In den Städten wurde das Arbeiterkurien-system aufgehoben, wodurch die Arbeiterwahlmänner zusammen mit den anderen städtischen Wählern wählen mußten und von diesen meistens besiegt wurden.

Da die Wahlrechte der Arbeiter beträchtlich eingeschränkt und die Rechte der besitzenden Schichten der städtischen Bevölkerung erweitert waren, so gewannen diese letzteren fast immer die Oberhand. Die Großgrundbesitzer erhielten ein doppeltes Wahlrecht in der Stadt und im Dorfe.

Die Periode zwischen der zweiten und dritten Duma war eine Zeit der schwärzesten Reaktion und der grausamsten und zügellosesten Willkür. Die altbewährten Strafmittel wurden in erweitertem Maße angewendet. Der Kriegszustand und der Zustand des verstärkten Schutzes wurden über immer mehr Gouvernements verhängt. Statt der von der zweiten Duma aufgehobenen Feld- und Kriegsgerichte wurde das Militärkreisgericht eingeführt, das der Regie-

rung ebenso gute Dienste leistete wie seine Vorgänger. Diese Zwischenzeit der Reaktion zeichnete sich dadurch aus, daß die Verfolgung auf die gesamte Opposition ausgedehnt wurde. Fast alle politischen Errungenschaften der Revolution wurden vernichtet und annulliert. Die tägliche Presse, die durch Gerichtsverfolgung und schwer zu erschwingende Geldstrafen mundtot gemacht wurde, fristete kaum ein kümmerliches Dasein. Besonders streng waren die Maßregelungen der sozialdemokratischen Presse und der verschiedenen Gewerkschaftsorgane, die infolgedessen wiederum illegal werden mußten.

In den Dörfern wurde jede oppositionelle Erscheinung unterdrückt, die Bevölkerung terrorisiert; so zum Beispiel wurden mehrere Bauern zu jahrelanger Verbannung nach Sibirien verurteilt, weil sie den Aufenthaltsort der von der Polizei verfolgten Dumaabgeordneten nicht verraten wollten usw. Mit allen Mitteln suchten die zarischen Schergen die Bevölkerung zu provozieren und zu korruptester Spionage, Lockspizelei und Denunziation zu zwingen, und wo solchen Forderungen nicht Folge geleistet wurde, da wurden für solches „Zuwiderhandeln“ ganze Dörfer eingekerkert oder mit unerträglicher Tributzahlung belastet.

Auf solche Weise trat die Regierung in unmittelbare Berührung mit dem Volke und demonstrierte ihren wahren Charakter und bewies am grellsten den eigentlichen Wert ihrer „konstitutionellen“ Verheißungen.

Bis zu dieser Zeitperiode genossen die Universitäten eine verhältnismäßig autonome Freiheit, die sie in den Freiheitstagen errungen hatten, ohne von der Regierung beträchtlich gestört zu werden. Im Juni erließ die Regierung neue Statuten, die jede Autonomie der Universitäten aufhob. Im August begannen die Verfolgungen; alle liberalen Professoren wurden gemäßregelt, mehrere relegiert. Gleichzeitig wurde das Streben nach Bildung unterdrückt und verfolgt: Bildungsinstitute, Gesellschaften und Vereine wurden aufgelöst, sistiert, mehrere Schulen geschlossen. In den Volks-

schulen stieg der Mangel an Lehrpersonal; im Sommer 1907 wurden zwanzigtausend Volksschullehrer von dem Verbot des Unterrichtens wegen sogenannter „politischer Unzuverlässigkeit“ betroffen.

In dieser qualmigen Atmosphäre genossen nur die Vereine der „echt russischen Leute“ volle Freiheit. Die protegierende Haltung der Regierung gegenüber dieser Partei der Pogrome, der Mord- und Brandstifter wurde nicht mehr verheimlicht: der Zar bekundet, „der Verband echt russischer Leute sei eine Stütze des Zaren und des Vaterlandes“. Die während der zweiten Duma vereinzelt erfolgten Begnadigungen der ohnedies milde verurteilten Beteiligten an den Pogromen nahmen jetzt einen Massencharakter an. Den ganzen Sommer hindurch dauerten die Pogrome unter der Mitwirkung der Behörden fort, wie zum Beispiel in Odeffa und in anderen Städten.

Die grausamen Folterungen in den Gefängnissen wurden modifiziert; es wurden Verordnungen an die Gefängnisinspektionen erlassen, worin diese aufgefordert wurden, die Gefängnisinstruktionen strengstens zu erfüllen. Was man darunter verstanden hatte, bezeugten nach kurzer Zeit die zahlreichen Fälle von Erschießungen politischer Gefangener durch die Gefängniswachen.

Fast alle oppositionellen politischen Parteien wurden unterdrückt. Nur die ausgesprochen monarchistischen Parteien wurden legalisiert, vor allen natürlich die „Partei des aktiven Kampfes gegen die Revolution“, die außer diesem Ziele sich noch die Wahlbeeinflussung, und zwar durch Massaker und anderer Art der Terrorisierung der Wählerschaft, zur Aufgabe machte.

Wie hoch die Konterrevolution ihr Haupt erhob, läßt sich aus der Verdoppelung, ja Verdreifachung der Verfolgungen, Maßregelungen und Hinrichtungen nach der Auflösung der zweiten Duma ersehen. Hier einige Zahlen der Opfer der Konterrevolution in den letzten anderthalb Jahren.

Es wurden verurteilt:

Zur Todesstrafe durch die Kriegsgerichte	2117 Personen
Zur Zwangsarbeit	8873 =
Darunter lebenslänglich	605 =
Zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien	6020 =
Zu Gefängnisstrafe	5751 =
Zu Zuchthausstrafe	2586 =
Zum Disziplinärbataillon	1538 =
Zu Festung	1307 =

Außerdem wurden 1114 Redakteure verschiedener periodischer Zeitschriften zu Festung und Gefängnisstrafen verurteilt, abgesehen von den zahllosen und hohen Geldstrafen. 978 Zeitschriften wurden in dieser Periode sistiert, konfisziert und dergleichen.

Kein Wunder, daß in solcher Periode der ununterbrochenen Gewalttaten der Terrorismus auf dem Gebiete politischer oder persönlicher Rache ebenfalls zunahm, daß nebenbei auch verschiedenartige terroristisch-anarchistische Abenteuer, wie die sogenannten „Expropriationen“, die von sämtlichen sozialistischen Parteien entschieden gemißbilligt und bekämpft wurden, sich in vermehrtem Maße zeigten.

Gerade zu dieser Zeit fand in Moskau der „letzte“ Semstwo-Kongreß statt, aber es waren Semstwoelegierte bloß dem Wortlaute nach, die sich daran beteiligten. Die rückständigsten Elemente der Semtwos krochen jetzt aus ihren Winkeln heraus; sie fühlten sich nun als Sieger, als Herren der Situation, sie glaubten die Geschicke der dritten Duma im voraus bestimmen zu können. In dieser Hinsicht ist der Kongreß bezeichnend. Keine Spur von den vorherigen liberalen Semstwo-Traditionen. Selbst die gemäßigten Semstwoabgeordneten (Stachowitsch, Schipow und andere), die in der zweiten Duma den rechts von den Kadetten stehenden Parteien angehörten, wurden auf diesem Kongreß als Revolutionäre betrachtet und mußten ihn verlassen. Das Programm des Kongresses, das unter an-

Lscherewantin, Proletariat und Revolution.

derem die Einführung des Dreiklassenwahlrechts nach dem Muster des preussischen Landtagswahlrechts und die Verstärkung der Polizei in der Stadt und auf dem Lande forderte, demonstrierte in grellster Weise eine Art Obskurantismus, eine ungezügelte Roheit und intellektuelle Konfusion, wie man es nur von einer verrohten feudalen Klasse eines politisch wie ökonomisch rückständigen Landes erwarten kann.

Die Wahlen zur dritten Duma waren auf den 1. September festgesetzt. Die Wahlagitation war bei den oben geschilderten Zuständen für die oppositionellen Parteien erschwert, für die sozialistischen fast unmöglich gemacht. Freie Hand hatten nur die rechten Parteien, einschließlich der Oktobristen. Diese traten in ein Wahlbündnis mit den äußersten rechten Parteien ein. Das geplante Wahlbündnis zwischen den Kadetten und den Oktobristen mußte daher scheitern. Bezeichnend für die Tattik der Kadetten vor und während dieser Wahlperiode ist ihre Haltung zur Sozialdemokratie. Die Führer der Kadetten (Professor Miljukoff und andere) beeilten sich, „nach links abzugrenzen“, und bekämpften die Sozialdemokratie aufs schärfste. Sie behaupteten, die „Arbeitsunfähigkeit“ der zweiten Duma sei von den Sozialdemokraten verursacht; darin waren die Kadetten vollkommen mit der Regierung einig. Sie erklärten, die Tätigkeit der Kadettenpartei werde sich auf Verkündung der konstitutionellen Prinzipien und ihrer Propagierung von der Dumatribüne beschränken.

Am 1. Oktober waren die Dumawahlen im ganzen Reiche beendet und das Wahlergebnis bekannt: Statt der 529 Abgeordneten in der ersten und zweiten Duma waren es jetzt laut dem neuen Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 437 Abgeordnete, die sich nach Parteien wie folgt verteilen:

Monarchisten	38
Verband der echt russischen Leute	33
Gemäßigte Rechte	112

Oktobristen	107
Parteilose	28
Polnische „Kolo“	16
Kadetten	56
Progressisten	15
Trudowiki und Volkssozialisten*	16
Sozialdemokraten	16

Inwieweit das Resultat eine Wirkung der angewandten Wahlbeeinflussung, Wahlmachinationen und eine Folge des neuen Wahlgesetzes war, läßt sich nur dann ersehen, wenn wir uns den Verlauf der Wahlen genauer vergegenwärtigen.

Unter den bäuerlichen Wählern macht sich ein gesteigertes Interesse am politischen Leben überhaupt und an der Wahl-tätigkeit im besonderen bemerkbar. Ihr klassenbewusstes Verhalten bei den Wahlen läßt sich aus folgenden Tatsachen ersehen: auch bei den Wahlen zur dritten Duma wählten die Bauern mit einer erstaunlichen Hartnäckigkeit die ehemaligen oppositionellen Wahlmänner, die sie zur ersten und zweiten Duma gewählt hatten; im Durchschnitt wurden drei Viertel der bäuerlichen Wahlmänner wiedergewählt; die Abstimmung geschah einmütig: die Wahlmänner wurden meistens mit vier Fünfteln der abgegebenen Stimmen gewählt, manchmal sogar einstimmig; ebenso wurden einmütig die von den Dorfbehörden aufgestellten oder sonstigen regierungstreuen Kandidaten boykottiert. In 25 Woblasten (Dorfbezirke) wurden überhaupt die Dumawahlen boykottiert. Daß die Bauernwähler oppositionell gewählt haben, ist selbst aus dem Regierungsbericht zu ersehen, nach welchem von 15 000 bäuerlichen Wahlmännern dem „Verbande echt russischer Leute“ nur 35 angehörten, der sozialdemokratischen Partei 113, den Sozialrevolutionären 24, die übrigen den Trudowiki und den Parteilosen. Und dies geschah, trotzdem das neue Wahlgesetz vom 3. Juni in manchen Gouvernements 71 Prozent der bäuerlichen Wähler das Wahlrecht genommen hatte.

* Die Sozialrevolutionäre boykottierten die dritte Duma.

Die Zahl der städtischen Wähler wurde dem neuen Wahlgesetz zufolge um 34,4 Prozent vermindert; trotzdem ergaben sich bei den von den städtischen Arbeitern gewählten Wahlmännern 58 Prozent Sozialdemokraten, 4 Prozent Sozialrevolutionäre, 31 Prozent Linke, 1 Prozent Kadetten, 1 Prozent Progressivisten, 2 Prozent Rechte, 3 Prozent Parteiloze. Im allgemeinen fielen im europäischen Rußland 37 Prozent der Wahlmänner den linken Parteien zu.

Um begreiflich zu machen, wie bei solcher Stimmung der proletarischen und bäuerlichen Wähler eine reaktionäre Dumamehrheit sich ergeben konnte, müssen wir in Betracht ziehen, daß die privilegierten besitzenden Klassen, die städtischen wie die auf dem flachen Lande, eine größere Anzahl Wahlmänner wählen durften als die übrigen Wählerklassen. So hatten die Wähler der ersten Wählerklasse das Recht, einen Wahlmann auf je 80 Wähler zu wählen, dagegen die der zweiten Wählerklasse nur einen Wahlmann auf je 560 Wähler. Die Abgeordneten der dritten Duma konnten daher keineswegs der Stimmung der Bevölkerung entsprechen.

So wurden zum Beispiel im Kiower Gouvernement von den städtischen Wählern 7 rechte und 20 progressivistische, von den Bauernwählern 6 rechte und 20 progressivistische, von den Arbeiterwählern 5 linke, von den Großgrundbesitzern 80 rechte Wahlmänner gewählt; letztere gaben den Ausschlag und schickten sämtliche 13 Abgeordneten (rechte) in die Duma. In mehreren Gouvernements fiel es ähnlich aus.

Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen wird es vielleicht interessant sein, eine Parallele zwischen dem Klassenbestand der zweiten und dritten Duma zu ziehen, was sich aus folgender Tabelle* ersehen läßt. Man erkennt leicht daraus, daß die radikalen und demokratischen Parteien in der zweiten

* Wladimir Gorn (Großmann): Die dritte Duma. „Sowremennij Mir,“ Januar 1908.

wie in der dritten Duma hauptsächlich aus der Arbeiterklasse, der Intelligenz und zum Teil aus den Bauern sich rekrutieren, und daß die privilegierten besitzenden Klassen die reaktionären Abgeordneten in die beiden Dumas schickten.

In der zweiten Duma befanden sich:

Parteien	Anzahl der Abgeordneten	Klassen beziehungsweise Stände				
		Großgrundbesitz, Bourgeoisie, Bureaucratie	Gesittete	Intelligenz, Bourgeoisie	Bauern	Arbeiter
Sozialdemokraten . .	69	2 3 %	—	22 31,8 %	20 29 %	25 36,2 %
Trudowiki, Sozialrevol. und Volkssozialisten .	121	11 9,1 %	5 4,1 %	25 20 %	71 58,6 %	9 7,6 %
Kadetten u. Progressivisten	135	45 33,3 %	7 5,1 %	46 34 %	36 26,9 %	1 0,8 %
Gemäßigte u. Parteiloze	29	3 10,3 %	1 3,4 %	1 3,4 %	24 82,9 %	—
Oktoberisten und Rechte	103	49 47,6 %	5 5 %	8 7,7 %	41 39,7 %	—
	457 ¹	110 24,1 %	18 3,9 %	102 22,3 %	192 42 %	35 7,7 %

In der dritten Duma:

Sozialdemokraten . .	16	2 12,5 %	—	4 25 %	1 6,3 %	9 56,2 %
Trudowiki, Sozialrevol. und Volkssozialisten .	16	4 25 %	—	5 31,3 %	7 43,7 %	—
Kadetten u. Progressivisten	68	31 45,7 %	4 5,8 %	21 31 %	11 16,9 %	1 1,4 %
Gemäßigte u. Parteiloze	28	12 43,3 %	4 14,3 %	2 25 %	10 7,1 %	—
Oktoberisten und Rechte	287	182 63 %	38 13,3 %	9 3,3 %	58 20,3 %	—
	415 ²	231 55,5 %	46 11,1 %	41 10 %	87 21 %	10 2,4 %

¹ Ohne die sibirischen und polnischen Abgeordneten. ² Ohne die Polen.

Die dritte Duma trat am 2. November 1907 zusammen. Das Zentrum bildeten die Oktoberisten, die jetzt zusammen mit den anderen rechten Parteien eine überwiegende Mehrheit in der Duma gewannen und eine ausschlaggebende Rolle in der Duma zu spielen vermochten, indem sie die linken Parteien in den Hintergrund drängten. Die Oktoberisten prägten der dritten Duma den eigentlichen Charakter der Halbheit und politischen Konfusion auf.

Recht charakteristisch für die Mehrheitsparteien und ihre Arbeitsfähigkeit ist, daß, trotzdem sie die absolute Mehrheit bildeten, sie nie zusammenstimmten, und als zur Verantwortung der Regierungskabination in der dritten Duma von den verschiedenen Parteien mehrere Anträge eines Übergehens zur Tagesordnung gestellt wurden, wurden alle abgelehnt; die Duma war unfähig, irgendwelchen Beschluß darüber zu fassen. Die zahlreichen Kommissionen, die sorgfältig die Abgeordneten der Linken überflüssig zu machen suchten, haben bis jetzt auch nichts Nennenswertes geleistet.

Um diese Zeit fanden die beiden Prozesse gegen die Abgeordneten der ersten Duma wegen Unterzeichnung und Verbreitung des Wiborger Manifestes und gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma wegen angeblichen Hochverrats (Verschwörung und Agitation in der Armee) statt. Die Regierung fand offenbar die Zeit (Dezember 1907) dazu für geeignet, da sie sich fest im Sattel zu fühlen glaubte und sich nicht vor der aufregenden agitatorischen Wirkung dieser Prozesse fürchtete. Der Prozeß gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten wurde bei verschlossenen Türen verhandelt.

Das Klassenbewußte Proletariat Rußlands bekundete seine Solidarität mit der sozialdemokratischen Dumafraktion durch einen eintägigen, in Petersburg, Moskau und mehreren anderen Städten einmütig durchgeführten Proteststreik am ersten Tage der Prozeßverhandlung.

Die angeklagten sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma wurden zur Zwangsarbeit beziehungsweise

Festung von 4 bis 5 Jahren verurteilt. Die Abgeordneten der ersten Duma zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre.

Das allgemeine Bild des politischen wie ökonomischen Lebens in Rußland während der dritten Duma gibt keinen Grund zu glauben, das Ende der Revolution und die von der Regierung versprochene Beruhigung* sei eingetreten, eine „friedliche Erneuerung“ der Gesellschaft — wie es die Partei dieses Namens glauben machen wollte — sei jetzt möglich. Weder die objektiven Verhältnisse noch die allgemeine Stimmung im Lande geben Grund zu dieser Annahme.

Die finanzielle Lage des Staates ist so traurig wie nie zuvor, was selbst der Finanzminister in einer Rede in der dritten Duma zugestehen mußte, und was man aus dem fortdauernden Sinken der Kurse der russischen Wertpapiere erkennen kann.

Eine wirtschaftliche Krise trat nach der kurzdauernden Aufschwungsperiode im Jahre 1906 ein, die eher eine Folge des Rückflusses des Goldes aus dem fernen Osten nach Beendigung des Krieges als eine Wirkung ökonomischen Wohlstandes war. Die Krise von 1907 in Handel und Industrie ist mehr den inneren politischen als den ökonomischen Zuständen zuzuschreiben.

In dieser dumpfen Luft mußte alles öffentliche Leben stocken.

Statt der Zensur wurde das System der Konfiskation unliebsamer Bücher eingeführt. Der Büchermarkt, der in den Jahren 1905 und 1906 Tiefenauflagen** von fast ausschließ-

* „Zuerst müssen wir das Land beruhigen, und erst nachher werden wir ihm konstitutionelle Reformen verleihen,“ so lautete es wiederholt in den Reden des Premierministers und in der offiziellen Presse.

** So zum Beispiel erschien in Rußland in den Jahren 1905/06 die Übersetzung des Esfurter Programms von Kautsky in mehr als 1 000 000 Exemplaren; ferner erschienen: Der Generalstreik von S. No-land-Holst, Mehrings Parteigeschichte, Kautskys Schriften und andere.

lich sozialistischen und politischen Schriften absetzte, lieferte 1907 Schundliteratur pornographischen Inhalts, sowie Bücher und Zeitschriften mystischen Charakters; es wurde sogar eine Zeitschrift gegründet, die, dem Okkultismus gewidmet, den Lesern den unmittelbaren Verkehr mit der Geisterwelt durch die Vermittlung berühmter Okkultisten der Welt zu eröffnen versprach. . . .

Unter den proletarischen Schichten machte sich um diese Zeit an Stelle des fehlenden politischen Lebens der Drang nach Wissen und Selbstbildung bemerkbar. Mehrere Bildungsvereine entstehen, die jedoch schonungslos unterdrückt werden.

Die proletarischen Massen suchten ferner ihre Zuflucht in der gewerkschaftlichen Bewegung. Im Sommer 1907 gehörten über 400 000 Arbeiter den gewerkschaftlichen Organisationen an. Trotz des parteilosen, neutralen Charakters dieser Gewerkschaften wurden sie nicht weniger als die politischen Organisationen verfolgt. Die Regierung gab offenbar die vom Grafen Witte geführte Taktik auf, wonach die gewerkschaftliche Bewegung als ein Blizableiter zu behandeln und also zu begünstigen sei. Sie begann jetzt strengstens alle gewerkschaftlichen Organisationen zu verfolgen, die bisher geduldet gewerkschaftliche Presse wurde verboten, die Führer wurden verhaftet, die Lokale geschlossen, in manchen Fällen wurden die Gewerkschaftskassen und das Inventar konfisziert.

Die auf diesem Gebiete unterdrückte Arbeiterbewegung suchte nun anderswo einen Ausweg: sie wandte sich teilweise der syndikalistischen und anarchistischen Bewegung zu. Hier zeigte sich die angehäuften, aber unterdrückten Energie und Empörung, die nicht verloren gehen und nicht vernichtet werden konnte.

Also keine Spur von „Beruhigung“ im Lande, besonders aber unter den proletarischen Massen; das Proletariat hat jetzt einen doppelten Verteidigungskampf zu führen: einer-

seits gegen die Verfolgungen der Regierung, andererseits gegen die der Kapitalisten. Die seit 1906 entstandenen Unternehmerorganisationen nahmen im Laufe des Jahres 1907 bedeutend zu. Sie stellten sich die Aufgabe, alle ökonomischen Errungenschaften des Proletariats während der Revolutions-epoche zurückzunehmen, und suchten dies mit vereinten Kräften, besonders durch Massenausperrungen, die kolossale Dimensionen in Polen (Łódź und Umgebung 1907) und in den Bergwerksgebieten annahmen, zu verwirklichen.

Charakteristisch für diese Reaktionsperiode ist auch die rückläufige Entwicklung der Parteien der Rechten auf dem Gebiete der Sozialreform. Vor der ersten Duma verhiessen diese Parteien ihren Wählern: Schutz dem werktätigen Volke vor der kapitalistischen Ausbeutung (die Arbeiter sollten sogar das Streikrecht haben), Organisation des Gewerbetreibenden, staatliche Errichtung von Gewerbe- und Konsumgenossenschaften. Jetzt ist ihre Sozialreform auf die Errichtung staatlicher Arbeitsnachweissbureaus beschränkt, auf Streikbrecherrecht und gesetzliche Festlegung des 11^{1/2}-Sturentages.

Die seit 1904 andauernde Bauernbewegung, die trotz aller Repressalien nicht erstickt werden konnte, zeichnete sich während der zweiten Duma und nach deren Auflösung durch Zunahme blutiger Zusammenstöße der Bauern mit der Dorfpolizei und dem Militär aus.

Das Wahlgesetz vom 8. Juni, die Wahlen zur dritten Duma und schließlich der Wahltag der Reaktion trugen sehr viel zur politischen Aufklärung des Bauerntums bei, da sie ihnen die Interessengemeinschaft der Regierung mit dem von jeher verhassten Feinde und Ausbeuter, dem feudalen Großgrundbesitz, anschaulich bewies. Jedoch ist das Jahr 1907 im allgemeinen als ein Jahr der Abnahme der Bauernbewegung zu bezeichnen.

Das Jahr 1907, das Jahr der schwarzen Reaktion, brachte also nichts, woraus man auf das Ende der Revolution und auf eine „friedliche Erneuerung“ schließen konnte.

Es ist nicht vorauszusehen, wann die Kräfte zur Genüge heranreifen für einen gemeinsamen Aufmarsch aller demokratischen und revolutionären Elemente der Bevölkerungsschichten gegen das verhaßte herrschende Regime, um eine wirkliche und wahrhafte „Erneuerung Rußlands“ zu erringen, aber heranreifen werden sie, um den Kampf wieder aufzunehmen; auf „friedlichem“ Wege wird das aber schwerlich geschehen, dafür sorgt das Zarentum selbst.

N. G. Tschernischewskij

Eine literar-historische Studie von G. Plechanow.

Mit einem Porträt Tschernischewskijs.

IV und 388 Seiten 8°. Preis gebunden Mk. 3.—

„... Mit Recht sagt daher der Verfasser des vorliegenden bemerkenswerten Buches, daß alles Hervorragende, was in Rußland seit jener Zeit geleistet worden ist, nur als eine Vollstreckung des literarischen Vermächtnisses der vierziger Jahre anzusehen ist. ... Es zeugt für Herrn Plechanows Beherrschung des Stoffes und strenge Objektivität, daß er sich durch seine ausgesprochene, vollständig berechtigte Sympathie für Tschernischewskij nicht verleiten läßt, die leicht zu erklärenden und oft genug auch zu entschuldigenden Irrtümer desselben zu beschönigen. Herr Plechanow besitzt neben einer gründlichen Kenntnis der Zustände Rußlands und einem weiten Blick auch eine gefällige Darstellungsweise, welche Eigenschaften ihn in den Stand gesetzt haben, von dem berühmten Sohne des Saratower Dompropstlers und Opfer einer reaktionären Politik ein Bild zu entwerfen, das die Sympathie für Tschernischewskij nur noch verstärken kann und wesentlich zum besseren Verständnis desselben beitragen wird.“

„Frankfurter Zeitung“, Nr. 169, 10. Juni 1894.

Die Lage der arbeitenden Klasse * in Rußland *

Eine historische Darstellung an der hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit.

Von K. A. Paschitnow.

Autorisierte Übersetzung von M. Nachimson

Preis broschürt Mk. 2.50, gebunden Mk. 3.—

In der ersten Periode der industriellen Entwicklung Rußlands, die von 1861 bis Mitte der achtziger Jahre währte, wittert sich der Kapitalismus „hellen“ aus. In der zweiten, mit dem Jahre 1904 abschließenden Periode des Industrialismus greift die Regierung bereits in das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ein. Die russische Fabrikgesetzgebung ist von einem Polizeistittelgeist beseelt. Die dritte Periode der russischen kapitalistischen Entwicklung beginnt mit dem Jahre 1906, sie ist durch eine politische und gewerkschaftliche Massenbewegung des Proletariats charakterisiert. Die Lebensgeschichte des russischen Bergarbeiters von den Tagen der Unfreiheit an, wo den Werkverwaltungen zahlreiche Leibes- eigene zur Verfügung gestellt wurden, erzählt Paschitnow ergreifend. Unter grausamerregenden Wohnungsverhältnissen haufen zumeist die großen Massen der russischen Arbeiterchaft, in einem dumpfen Bode komplexer häufig mehrere Arbeiterfamilien zusammen. „Die Pferde haben es besser, als wir“, so äußerten sich selbst die Arbeiter. (Sozialistische Monatshefte.)

Die Agrarfrage in Rußland

Die bäuerliche Wirtschaftsform
und die ländlichen Arbeiter

Eine Untersuchung von
Peter Maßlow

Autorisierte Uebersetzung von M. Nachimson

Preis broschiert M. 2.50, gebunden M. 3.—

o o o

Der Verfasser hat sich bemüht, eine praktische Lösung der Agrarfrage vom Standpunkt der Sozialdemokratie zu geben. Diese Lösung wurde von der sozialdemokratischen Partei auf ihrem Kongress von 1906 als die zweckentsprechendste anerkannt; inwieweit sie in der gegenwärtigen Zeit verwirklicht werden kann, läßt sich natürlich nicht sagen, denn das hängt davon ab, ob das Proletariat und die ärmsten Bauerngruppen, in deren Interesse diese Lösung liegt, sie durchzusetzen imstande sein werden.

Daß die zweite Duma wesentlich der Agrarfrage wegen aufgelöst wurde, ist ein offenes Geheimnis. Die russische Regierung ist jetzt daran, alle unbequemen Mahner zu beseitigen, was auch der Verfasser bereits zu kosten bekommen hat, denn seit Anfang Mai befindet er sich im Gefängnis. Es war ihm eine große Freude, zu wissen, daß sein Buch nunmehr auch in Deutschland veröffentlicht wird, und noch aus dem Gefängnis heraus sandte er einige Ergänzungen für das Schlussth Kapitel und die Vorrede für die deutsche Ausgabe.

Als eine leichte Lektüre ist das Buch nicht anzusehen; wer sich aber die Mühe macht, es durchzulesen, wird über die Lage der russischen Bauern und der ländlichen Arbeiter sehr gut orientiert sein.

Wir empfehlen:

Sechzehn Jahre in Sibirien

Erinnerungen eines russischen Revolutionärs
von L. G. Deutsch.

Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen. 350 Seiten. Gebunden M. 3.50.

Achtes Tausend.

o o o

„Neben Dostojewskis erschütternden ‚Memoiren aus einem Zotenhaufe‘ und Kennans ‚Sibirien‘ kann das im Verlag von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart erschienene Buch unseres Parteigenossen Leo Deutsch ‚Sechzehn Jahre in Sibirien‘ wohl eines der besten Werke genannt werden, die über die Zustände in jenem ungeheuren Kerker Auskunft geben. Ja, in seiner ergreifenden Einfachheit übersteift das Buch von Leo Deutsch bei weitem die Darstellungen des Amerikaners. Der Verfasser hat ungewollt, nur von seinem tragischen Stoff gebrängt, seiner Schilderung einen straffen künstlerischen Gehalt gegeben, eine Steigerung, die uns beim Anblick der vielen bitteren Bilder kaum zum Aufatmen kommen läßt. . . . Das Buch wird von neuem die Parteigenossen mit Bewunderung für die russischen Kämpfer erfüllen, von neuem zu Protesten gegen den russischen Knuten-Absolutismus anspornen.“

„Leo Deutsch schildert in seinem Buche, das in vier Sprachen erschien, seine Erlebnisse von seiner Verhaftung in Freiburg im März 1884 an bis zu seiner Flucht aus Sibirien im Jahre 1901 in eingehender und anziehender Weise. Die interessantesten Teile des Werkes sind natürlich diejenigen, welche sich auf den Transport der Verurteilten und das Leben derselben in den sibirischen Strafanstalten beziehen. Deutsch war in das Gefängnis von Kara gebracht worden. Wahrheit ergreifend sind seine Mitteilungen über die Schicksale einer ganzen Reihe hochgebildeter Frauen, die es vorzogen, sich freiwillig den Tod zu geben, als sich den brutalen Mißhandlungen zu unterwerfen. Dabei bleibt der Verfasser stets maßvoll in seinen Ausdrücken, selbst wenn er die erschütterndsten Tragödien schildert, und das bei ihm vorherrschende Gefühl ist doch nur das Bedauern, daß solche Dinge in seinem Vaterland, das er so sehr liebt, vorkommen können. Deutsch befand sich im Sommer 1900 in Bagowestjehend, als Tausende von Chinesen im Amur ertränkt wurden, und der Verfasser schildert nun in ausführlicher Weise die Vorgänge, denen er zum Teil als Augenzeuge beigewohnt hat. Das sehr lesenswerte Buch schmückt verschiedene Bilder, so das Porträt des Verfassers selbst und die Porträts von sechs anderen Verbannten, drei Frauen und drei Männern, sowie Bilder von den Etappenstationen und der Strafkolonie.“

„Deutsch schildert ganz meisterhaft das deutsche und russische Gefängnisleben, die Zwangsarbeit in Sibirien, den Verkehr der Verhörten mit den Gefangenen, und vor allem die russischen Revolutionäre selbst. Es ist selten, daß ein wissenschaftlich vielseitig gebildeter Mann sich so, wie der Verfasser, ein konkretes, natives Verhältnis zu allen Dingen bewahrt hat. Menschen verschiedenster Art gleich liebevoll und mit gleich feinem psychologischen Verstande beobachtet. Vor der Selbstergründung der revolutionären Offiziere, Studenten, Arbeiter, Beamten muß man die allergrößte Hochachtung haben. Sie leben nur dem Kampfe für ihre Sache. Hunderte Tausende von Angehörigen der Bildungsschicht, deren Existenz der Zarismus zertritt, verjüngern in den Gefängnissen, erfahren in der Steppe, brechen unter ihren Ketten zusammen. Doppelt sovieler folgen nach. Unabsehbar, wie der Weg zum Ziel, das vor ihnen liegt, ist die Kolonne der Kämpfer. Werden alle Opfer etwas helfen?“

„Die Silbe“, Nr. 41.

Wir empfehlen:

Viermal entflohen

Von Leo Deutsch

Verfasser von „Sechzehn Jahre in Sibirien“.

Preis gebunden M. 2.—

o o o

Leo Deutsch hat in dem ersten Teil seines neuen Buches „Viermal entflohen“ eine sehr interessante Ergänzung zu „Sechzehn Jahre in Sibirien“ gegeben. In dem umfangreichen zweiten Teil schildert er seine Erlebnisse in direktem Anschluß an sein früheres Werk: seine Flucht aus Sibirien, seinen Aufenthalt im Ausland und in der Hauptsache seine Rückkehr nach Rußland im Jahre 1905.

Wir erleben an der Hand seiner Darstellung mit ihm die Revolution selbst und gewinnen dabei einen tiefen Einblick in die treibenden Kräfte der Revolutionäre sowohl wie der Reaktion. Im hohen Grade spannend sind die Schilderungen seiner Verhaftung und seiner Einkerkelung in verschiedenen Gefängnissen St. Petersburgs, der Leiden während seines Aufenthalts in der Peter-Pauls-Festung, der administrativen Verbannung und des Transports nach dem schrecklichen Zirkusanst in Sibirien und seiner abermaligen glücklichen Flucht. Und stets ist der lebenswürdige Erzähler, der bereits an der Schwelle des Greisenalters steht, voll guten Muts und starken Vertrauens auf den kommenden Sieg seiner Sache.

o o o

Vaterlandslose Gefellen

Kurze Biographien der verstorbenen hervorragenden Sozialisten des 19. Jahrhunderts.

Soweit Porträts zu erlangen waren, sind solche den Biographien beigelegt.

106 Seiten. Preis 50 Pfennig.

Wir empfehlen:

Die Klassengegensätze im Zeitalter der Französischen Revolution

Von Karl Kautsky.

Preis broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark.

o o o

Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution

Von Ed. Bernstein.

Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe.
XVI und 367 Seiten.

Preis broschiert 3,50 Mark, gebunden 4 Mark.

o o o

Geschichte des Sozialismus in Frankreich

Von Paul Louis.

Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von Hermann Wendel.

Preis broschiert 2,50 Mark, gebunden 3 Mark.

Dr. W. Zimmermanns Großer Deutscher Bauernkrieg. Herausgegeben von **Wilhelm Bloß.** Billige Volksausgabe. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Preis gebunden 4 Mk.

Die Französische Revolution. Volkstümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789 bis 1804. Von **Wilhelm Bloß.** Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Preis gebunden 4 Mk.

Die Deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung in den Jahren 1848/49. Von **Wilhelm Bloß.** Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Preis gebunden 4 Mk.

Geschichte der Französischen Revolution von 1848 und der Zweiten Republik. Volkstümlich dargestellt von **Louis Heritier.** Herausgegeben und erweitert von **W. Eichhoff** und **Ed. Bernstein.** Mit vielen Porträts und historischen Bildern. Preis gebunden 4 Mk.

Geschichte der Kommune von 1871. Von **Bissagaray.** Dritte, illustrierte Ausgabe. XII und 466 Seiten 8°. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

„Bissagarays Buch ist das klassische Werk über die Pariser Kommune, aus dem man das beste Bild von dieser gewaltigen Bewegung des Proletariats gewinnen kann.“ („Berliner Volks-Tribüne“, Nr. 19 vom 9. Mai 1891.)

„Merkwürdigerweise ist die Erinnerung an die März- und Maitage von Paris des Jahres 1871 fast in den Hintergrund gedrängt. Die herrschende Partei in Frankreich spricht nicht gerne davon; ihr haftet noch immer das Blut der Besiegten vom Kirchhof von Satory an, an das man nicht gerne erinnert sein will. Die Besiegten aber waren teils tot, teils versprengt, teils deportiert, und lange Zeit war ihnen der Weg an die Öffentlichkeit verschlossen, bis 1876 der radikale Abgeordnete Bissagaray eine umfassendere Geschichte der Kommune veröffentlichte. Bissagarays Darstellung des Kommune-Zustandes, die heute in zweiter Auflage vorliegt, enthält viel neues, stellt manche gemeinhin im Schwunge begriffene unrichtige Annahme richtig und besitzt daher einen historischen Wert.“ („Neue Würzburger Zeitung“, Nr. 239 vom 15. Mai 1891.)

W. Liebknechts Volks-Fremdwörterbuch. Preis in hübschem Leinwandband 3,20 Mk.